

# OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST



Photo © Daniel Favaro/AVCC

*Gerechtigkeit und Frieden sowie die sichtbare Einheit der Kirchen standen im Mittelpunkt der Tagung des Zentralausschusses des Oekumenischen Rates in Trondheim/Norwegen*

## Religion und Gewalt: OeRK fordert selbstkritische Reflexion

„Friedensarbeit im Kontext von Religion und Gewalt“ erklärte der OeRK zu seinem besonderen Themenschwerpunkt für das kommende Jahr 2017. Eine entsprechende öffentliche Erklärung beschloss der Zentralausschuss des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) auf seiner Tagung im norwegischen Trondheim Ende Juni.

Dieses Thema ist Teil des bestehenden Programms des Pilgerwegs der Gerechtigkeit und des Friedens und lädt die Kirchen und ihre ökumenischen Partner zum „Studium und zur Verinnerlichung der Grundsätze und Praktiken aktiver Gewaltfreiheit“ ein.

Unter Verweis auf die Bedeutung der Heilung von Erinnerungen infolge religiös motivierter Gewalt hat der Zentralausschuss seine Mitgliedskirchen aufgefordert, „Dialogformen zu unterstützen und sich an ihnen zu beteiligen, und die schwierige Fragen interreligiöser Beziehungen zu thematisieren einschließlich der möglichen Verbindung von religiösen Ideologien und Gewalt sowie der zu geringen Wertschätzung des Beitrags von Frauen in einigen religiösen Traditionen.“

## Israel-Palästina-Konflikt: OeRK-Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit 2017

Der Weltkirchenrat hat durch sein Zentralkomitee für das Jahr 2017 zu einer internationalen Konferenz eingeladen, um das ökumenische Zeugnis für Frieden und Gerechtigkeit für Israelis und Palästinenser(innen) zu stärken.

Dieser Aufruf kommt zu einer Zeit, in der der OeRK unter starkem Druck seitens der israelischen Behörden und von pro-israelischen Gruppen für seine Friedens- und Gerechtigkeitsarbeit steht. Zugleich ist es eine Zeit zunehmender Spannungen in der Region, eines verstärkten Vordringens israelischer Siedler, von mühsamen Friedensgesprächen und aufflammender Gewalt.

Der OeRK ruft aus diesem Anlass dazu auf, die Situation der Kirchen und Gesellschaften und auch die bedrohte Existenz der Christen in der Region zu thematisieren. 2017 jährt sich die israelische Besetzung Ostjerusalems, der Westbank und des Gazastreifens – ein schmerzliches Datum, eine lange Zeit und eine unerfüllte Suche nach Frieden in Gerechtigkeit. Schon bevor der Staat Israel ausgerufen und bevor der OeRK formell gegründet wurde, gab es aus den

### AUS DEM INHALT

**Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens:  
Erste Lernerfahrungen**

**Südkorea-Nordkorea:  
Besucherstrafen**

**Weltmissionskonferenz:  
Nachfolge und Transformation**

**Orthodoxe:  
Konzil abgeschlossen**

**Klimawandel:  
Herausforderung für Gerechtigkeit,  
Frieden und den Glauben**

**Nuklearwaffen:  
Oekumene für baldigen Bann**

**Simbabwe:  
Leben unerträglich**

### THEMA

**Konziliarer Prozess und Nachhaltige  
Entwicklungsziele (Teil II)**

### Aus Netzen und Bewegungen

**Bayern:  
Klimagerechtigkeit – den Wandel  
gestalten**

**Rhein-Mosel-Saar:  
Theologische Reflexion radikaler  
Kritik des Kapitalismus**

**Württemberg:  
Christen und Muslime für Frieden,  
Gerechtigkeit und  
Schöpfungsbewahrung**

**Oekumenischer Ratschlag:  
Nachhaltigkeit und Spiritualität**

**Pax Christi:  
Papst um Friedenszyklika gebeten**

**AG Dienst für den Frieden:  
Neues Weißbuch – alte Rezepte**

Reihen des entstehenden Weltkirchenrates Unterstützung für Juden aus Europa, einen sicheren Hafen zu erreichen oder palästinensischen Flüchtlingen Beistand zu leisten. Der OeRK habe, so heißt es in dem Aufruf, immer wieder den Einsatz von Gewalt und Terror verurteilt, sei es durch den Staat Israel oder durch palästinensische Gruppen oder Einzelne.

„Ein gerechter und nachhaltiger Frieden kann nicht durch Gewalt erreicht werden. Mit Worten und in Taten, hat sich der OeRK beständig für Dialog und Verhandlungen eingesetzt, der einzige Weg für einen gemeinsamen Pilgerweg von Gerechtigkeit und Frieden, in Israel und in Palästina und überall auf der Welt“, so das Zentralkomitee. Es gelte die einheimische christliche Präsenz im Heiligen Land zu sichern. Ebenso sollen gewaltlosen Versuche, die Besetzung zu beenden, unterstützt werden. Der Dialog und die Zusammenarbeit mit jüdischen und muslimischen Gleichgesinnten müsse verstärkt werden.

Die Erklärung des Zentralkomitees weist auch auf den aktuell zunehmenden Druck auf den OeRK hin, besonders im Zusammenhang mit seinem Programm EAPPI, bei dem christliche, jüdische und muslimische Freiwillige für wenige Monate Kontrollpunkte beobachten.

Der OeRK ist selbst Opfer von aggressiver Vorgehensweise von israelischen Behörden geworden. MitarbeiterInnen des OeRK, aber auch VertreterInnen von Mitgliedskirchen und Partnerorganisationen, die über den Ben Gurion-Flughafen Ende April nach Israel einreisen wollten, wurden massiven Verhören unterzogen, der Lüge bezichtigt, weil ihr Ziel angeblich nicht die angegebene Konferenz zum Klimawandel der regionalen Kirchen sei. Sie wurden zum Teil bis zu drei Tage unter gefängnisähnlichen Bedingungen festgehalten oder sogar abgeschoben. Sie wurden mit einem Einreiseverbot für zehn Jahre und der Eintragung in die Interpol-Fahndungsliste bedroht. Der OeRK legte brieflich Protest ein und brachte ihn auch in einem Treffen mit der diplomatischen Mission Israels in Genf vor.

## Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens: Erste Lernerfahrungen

Ermutigung, Inspiration und Erfahrungsaustausch prägten die Plenarsitzung des OeRK-Zentralausschusses in Trondheim im Juni, die sich mit dem Pilgerweg der Gerechtigkeit und des Friedens befasste. Das Thema bildete gleichsam den roten Faden für die gesamte Tagung. Ein weiterer Fokus galt dem Grundlagentext „Die Kirche: auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision“.

Generalsekretär Tveit verwies auf den Pilgerweg der Klimagerechtigkeit im Vorfeld des Klimagipfels der Vereinten Nationen in Paris Ende 2015; mehrere aktuelle Initiativen und Besuche bei Mitgliedskirchen im Nahen



Dr. Fernando Enns, Co-Vorsitzender der Referenzgruppe „Pilgerweg“.

Osten; den Pilgerweg durch Lateinamerika der lateinamerikanischen OeRK-Präsidentin Pastorin Gloria Nohemy Ulloa Alvarado und des Generalsekretärs 2015; und den Pilgerweg nach Hiroshima und Nagasaki mit Beteiligung einer Delegation von Mitgliedskirchen anlässlich des 70. Jahrestages des Atombombenabwurfs und zum Gedenken der Opfer in beiden Städten. Das Thema „Pilgerwege: gemeinsam die Landschaft erkunden“ entsprach der Abschlussbotschaft der 10. Vollversammlung, die u. a. zu einer deutlichen Erklärung für Frieden und Gerechtigkeit in Israel und Palästina auffordert. Dr. Fernando Enns, Co-Vorsitzender der Referenzgruppe „Pilgerweg“, sprach unter Bezug auf die besuchten Orte über die vielfältigen Facetten und die Entwicklung des Verständnisses vom Pilgerweg, insbesondere im Blick auf seine drei Aspekte: die Gaben feiern – sich mit den Wunden beschäftigen – Ungerechtigkeit verwandeln.

Themenschwerpunkt des Pilgerwegs für das Jahr 2016 sei die Friedensstiftung im Kontext von Religion und Gewalt im Nahen Osten, mit besonderem Augenmerk auf Palästina und Israel, erläuterte Enns.

„Wir hörten bewegende Zeugnisse von Menschen, die in der Stadt Jerusalem leben – inmitten von Drohungen, Aggression, Unsicherheit und Angriffen. Gemeinsam mit anderen Pilgergruppen beschritten wir die Straßen der Via Dolorosa. Wir trafen zusammen im Angesicht von Flüchtlingslagern, Siedlungen, Checkpoints und der Trennmauer. Wir rochen das Tränengas, wurden Zeuginnen und Zeugen von Diskriminierung, hörten unseren lieben – christlichen, jüdischen und muslimischen – Brüdern und Schwestern zu, wenn sie ihre Frustration artikulierten. Wir besuchten die Wunden!“

Im Kern gehe es bei dem Gedanken des Pilgerwegs darum, in uns die Bereitschaft zu wecken für Begegnungen, Buße und Bekehrung, fasste Enns die Überlegungen der Referenzgruppe zusammen. „Wir waren gemeinsam der Überzeugung, dass ‚hinausgehen‘ und ‚unterwegs sein‘ wesentliche Dimensionen der christlichen Nachfolge

sind. Jesus sandte seine Jünger an die gottverlassensten Orte aus, mit der Aufgabe, sich auf den Weg zu machen, sich verletzlich zu machen und sich abhängig zu machen von der Gastfreundschaft Anderer – und unterwegs Gott zu finden.“

## Südkorea-Nordkorea: Besucherstrafen

Enttäuscht hat sich der Weltkirchenrat gegenüber der südkoreanischen Präsidentin Park Geun-hye über Bußgelder gezeigt, die das südkoreanische Einheitsministerium über Teilnehmende an Kirchenkontakten zu Nordkorea verhängt hat. Dr. Noh Jungsun, Pfr. Jeon Yongho, Pfr. Cho Hungjung, Pfr. Han Giyang und Pfr. Shin Seungmin, alle Vertreter des südkoreanischen Kirchenkomitees zu Frieden und Wiedervereinigung, erhielten Bescheide über jeweils etwa 1500,- EUR für ihre vom südkoreanischen Ministerium nicht genehmigten Treffen mit der nordkoreanischen Christian Federation Leadership in Shenyang (VR China) im Februar 2016. Staatsangehörige aus Südkorea benötigen eine Erlaubnis, wenn sie Nordkorea besuchen oder Nordkoreaner treffen wollen. Nach einem Raketenstart im Januar 2016 durch Nordkorea hat Südkorea solche Erlaubnisse nicht gewährt. Generalsekretär Tveit vom OeRK äußerte in seinem Brief an Präsidentin Park Zweifel daran, dass es nötig oder hilfreich sein könne, Kontakte zwischen Nord- und Südkoreanern mit Bußgeldern zu ahnden.

## Weltkirchenrat: Neue Mitglieder

In Trondheim hat das OeRK-Zentralkomitee drei Kirchen in die ökumenische Familie aufgenommen: Die Niederländische Reformierte Kirche in Südafrika, 1962 wegen ihrer Unterstützung der Apartheid ausgeschlossen, 1986 hat sie in einer Erklärung alle Formen des Rassismus verworfen und die Mitgliedschaft für alle geöffnet; die Blantyre Synod, Teil der Church of Central Africa

Presbyterian (CCAP) im Süden von Malawi; Council of Baptist Churches im nordöstlichen Indien (CBCNEI). Damit steigt die Zahl der Vollmitglieder des OeRK auf 348.

## OeRK Zentralausschuss: Sichtbare Einheit bleibt das Ziel

Nur eine gemeinsame Vision der Kirche könne die Hindernisse auf dem Weg zur Einheit der Christen beseitigen, sagte Pastor Odair Pedroso Mateus, Direktor der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, beim Zentralausschuss-Plenum zum Thema „Christliche Einheit“. Diskutiert wurde die Konvergenzerklärung „Die Kirche: Auf dem Weg zu einer gemeinsamen Vision“ und die Rezeption des Textes durch die Kirchen. Schon die Auseinandersetzung mit dem Text sei eine Form der „spirituellen Oekumene“.

Andrzej Choromanski vom Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen lobte die Erklärung als einen „Schritt in Richtung der vollständigen und sichtbaren Einheit der Kirche“ und berichtete von der Rezeption des Textes durch den päpstlichen Einheitsrat. Susan Durber, Vorsitzende der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung, fasste den Kern der Erklärung darin zusammen, „dass es einen Gott gibt, der eine Mission für die Welt hat, nämlich ihre Zerbrochenheit und ihren Schmerz zu heilen. Gott in Christus hat die Kirche aufgerufen, sich an dieser Mission Gottes zu beteiligen. Um Teil der Mission Gottes zu sein, müssen wir selbst geheilt werden, und unsere eigene Zerbrochenheit und unsere Trennungen müssen überwunden werden, damit wir ein Zeichen und ein Diener von Gottes Mission für die Welt sein können. Darum ist Ekklesiologie wichtig.“ Die Einheit der Christen habe einen konkreten Zweck und sei in unserer Zeit von Relevanz, so Durber. „Die Kirche muss sich erneuern und Gottes Gabe der Gemeinschaft empfangen, damit wir Zeugnis für diese Gabe in der Welt ablegen können. Welche Aufgabe sollte die Kirche sonst haben, als Gottes Heilsplan für die Welt zu dienen, die liebende Verbundenheit in der gesegneten und heiligen Dreieinigkeit zu spiegeln und an Gottes Werk der Heilung einer zerbrochenen Welt teilzuhaben?

## Weltmissionskonferenz: Nachfolge und Transformation

Die nächste Weltmissionskonferenz soll in Arusha, Tansania vom **8.–13. März 2018** stattfinden. Dafür hat sich der Zentralausschuss des OeRK entschieden. Das Konferenzthema lautet „Moving in the Spirit: Called to Transforming Discipleship.“ Mehr als 700 Delegierte von Kirchen weltweit werden zu dieser von der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Tansania ausgerichteten Konferenz erwartet.

Die erste Weltmissionskonferenz fand 1910 in Edinburgh, Schottland statt. Danach folgte im Abstand von jeweils ca. zehn Jah-

ren eine Reihe weiterer Konferenzen. In diesen 106 Jahren hat sich in der christlichen Missionsarbeit viel verändert. Ging es bei der Missionsarbeit zunächst darum, die Menschen zum Christentum zu bekehren, haben die Kirchen in späteren Zeiten ihre Aufgabe vorwiegend in der Arbeit für Menschen in Regionen gesehen, die von Konflikten oder dem Klimawandel betroffen sind oder in Situationen leben, in denen ihr wirtschaftliches Überleben bedroht ist.

„Wenn wir sehen, wie Intoleranz und Gewalt in so vielen Teilen der Welt zunehmen, hat man den Eindruck, dass die Welt nur Rückschritte erlebt“, sagt der Direktor der Kommission für Weltmission und Evangelisation Dr. Jooseop Keum. „Die ökumenische Missionserklärung Gemeinsam für das Leben ermutigt Kirchen zur Zusammenarbeit, um das Leben vor Tod und Zerstörung zu schützen. Wir wollen die Würde des Lebens bekräftigen, wenn die Rechte der Menschen bedroht werden.“

Kirchen verwenden immer öfter den Begriff „Nachfolge“ zur Beschreibung einer Missionsarbeit in der engen Nachfolge Jesu, der Menschen seine Hand reichte, die von der Gesellschaft ausgestoßen wurden oder die in Armut lebten. Das bedeutet, so lautet der Vorschlag, offen gegenüber Veränderungen zu sein (Transformation) und darauf einzugehen, was Kirchen von Menschen, mit denen sie arbeiten und die am Rand der Gesellschaft stehen, lernen können.

Die Missionskonferenz soll für Menschen christlichen Glaubens aller Traditionen offenstehen und „Beziehungen zu Partnerkirchen fördern“ im Interesse der Einheit der Kirchen und der gemeinsamen Mission.

Ein missionswissenschaftliches Textbuch wurde bereits als Referenzmaterial für die Konferenz veröffentlicht: *Ecumenical Missiology: Changing Landscapes and New Conceptions of Mission* (Oekumenische Missionswissenschaft: neue Kontexte und Konzepte für die Missionsarbeit, OeRK, Genf 2016, 575 S.). Der Band beginnt mit einer Geschichte der Mission in der ökumenischen Bewegung der letzten 100 Jahre, gefolgt von einer Bestandsaufnahme der wichtigsten Konzepte der zeitgenössischen Missionswissenschaft. Den Abschluss bildet ein Kapitel über die neue ökumenische Missionserklärung „Gemeinsam für das Leben“.

## Asien: Erneuerte Oekumene

Nach der 14. Generalversammlung der Christian Conference of Asia (CCA) hatte der neugewählte Vorstand keine Zeit verloren, die Programmstruktur der Organisation neu zu organisieren. So beschreibt es Claus Grue vom Kommunikationsbüro des Weltkirchenrates in Genf. Schon im Oktober 2015 hatte der neue Generalsekretär Dr. Mathews George Chunakara, damals gerade einmal fünf Monate im Amt, eine neue Stra-

tegieplanung vorgelegt, die das Programm in fünf Bereiche mit klaren Prioritäten gliederte. In einer gemeinsamen Kraftanstrengung aller in der Organisation beteiligten, beginnt jetzt die Implementierungsphase des Plans. Es gelte, so Chunakara, der ökumenischen Bewegung neues Leben einzuhauchen, sie in der großen Weite zwischen Iran und Japan, zwischen Nepal und Neuseeland neu sichtbar zu machen.

„Dazu braucht es einen systematischen Zugang, Kontinuität und bessere Nachbereitung der Programme. Es ist entscheidend, die Aktivitäten immer wieder zu untersuchen und zu begleiten, damit die ökumenische Bewegung in der Spur bleibt.“ Vier Bereiche will der CCA in der Phase von 2016–2020 in seinen Programmen bearbeiten: **1. Zeugnis in der Einheit und Kontextuelle Theologie, 2. Oekumenische Spiritualität und Ausbildung der Führungskräfte, 3. Friedensdienst und Konfliktbearbeitung, 4. Prophetische Diakonie und Fürsprache.**

Mit Hilfe verbesserter Kommunikation solle die Sichtbarkeit der ökumenischen Initiativen gestärkt werden, dazu könne beispielsweise der Asiensonntag helfen, jährlich am Sonntag vor Pfingsten, der 2016 der Versöhnung auf der koreanischen Halbinsel gewidmet war. Die Einbindung ökumenischer Partnerinnen in eine solche Initiative sei entscheidend für die CCA, so Chunakara. Besonders dafür brauche es geschulte Menschen auf allen Ebenen, um die Kirche und die Kirchen sichtbarer zu machen. Um junge Menschen einzubinden sei das Programm Young Ambassadors for Peace (YAPA, Botschafter für den Frieden) konzipiert worden, bei dem 200 Beteiligte fünf Jahre lang ausgebildet würden, um dann in vielen Teilen Asiens wiederum andere in die Friedensarbeit einzubeziehen. „In der Vergangenheit hatte die ökumenische Bewegung die Tendenz, immer wieder die gleichen Fragen zu behandeln und mit immer denselben Menschen zu arbeiten. Wir müssen neue Menschen gewinnen für die ökumenische Bewegung, sonst werden wir zu einem Club der gleichen alten Leute“, so Chunakara. Für 2017 ist eine panasiatische Missionskonferenz geplant, die zusammenfällt mit den 60-Jahrfeiern des CCA.

## Orthodoxe: Konzil abgeschlossen

Patriarchen und Kirchenleitende aus zehn orthodoxen Kirchen trafen sich auf der Insel Kreta vom 16.–27. Juni 2016 zum Pfingstfest gemäß dem julianischen Kalender, zu einem seit Jahrzehnten vorbereiteten Orthodoxen „Großen und Heiligen Konzil“, dem ersten seit über 1200 Jahren. Die Versammlung tagte in der Akademie bei Kolympari unter dem Leitwort „Damit sie alle eins seien“.

Von den 14 autokephalen Kirchen, die zum Konzil erwartet wurden und die noch zu Beginn des Jahres auf einem Treffen in Chambesy bei Genf gemeinsam die Tages-

ordnung und die Regularien beschlossen hatten, nahmen schließlich neben der Russischen auch die Bulgarische und die Georgische Orthodoxe Kirche nicht teil, ebenso wenig das in Syrien beheimatete Patriarchat von Antiochia. Die Versammlung regte nun an, künftig gesamtorthodoxe Zusammenkünfte in einem konziliaren Prozess alle sieben oder zehn Jahre durchzuführen.

Da das Konzil keine Autorität über die Kirchen hat, die nicht an ihm teilgenommen haben, bleibt abzuwarten, welche Aufnahme und Akzeptanz ein solcher Vorschlag findet. Die Russisch-Orthodoxe Kirche, mit etwa 160 Millionen Gläubigen die größte Kirche, deren Patriarchat schon lange als das „Dritte Rom“ in Konkurrenz zum Ehrenprimat („Erster unter Gleichen“) des Oekumenischen Patriarchats von Konstantinopel („Zweites Rom“) steht, begründete ihre Nichtteilnahme mit angeblich ungenügender Vorbereitung der Versammlung. Einigen Kirchen war die Ausrichtung des Konzils zu liberal und zu ökumenisch. Andere konnten sich nicht mit der vorgesehenen Verfahrensordnung anfreunden: Zum Konzil sollten nicht alle 700 Bischöfe anreisen, sondern nur 14 Delegationen mit maximal 25 Teilnehmern. Die kleineren Kirchen wären damit vollständig vertreten gewesen, die russisch-orthodoxe Kirche zum Beispiel nur zu zehn Prozent. Die Teilnehmer hoben hervor, dass nach ihrem Verständnis der Charakter eines „allorthodoxen“ Konzils nicht durch die Abwesenheit der vier Kirchen beeinträchtigt werde. Auch die fehlenden Kirchen hätten an allen Texten in der gesamten Vorbereitungsphase mitgearbeitet und die vorliegenden Entwürfe mitgetragen. Das Kreta-Konzil hat insgesamt sechs Dokumente verabschiedet. Alle Vorlagen – von den innerorthodoxen Fragestellungen bis zu den Beziehungen zur übrigen christlichen Welt – wurde nach Angaben des Konzilssekretariats von allen Kirchen gebilligt und unterzeichnet. Zu den Beratungsgegenständen des Orthodoxen Heiligen und Großen Konzils gehörten die Frage der Mission der Kirche in der modernen Welt ebenso wie die Situation der orthodoxen Diaspora. Auch Regularien der Bischofsversammlungen, die Herausforderungen angesichts möglicher weiterer autokephaler Kirchen waren Gegenstand der Versammlung. Das Thema der „Autokephalie“ selbst, der vollständigen Eigenständigkeit einer Kirche, stand nicht auf der Tagesordnung des Konzils. Über eine entsprechende Vorlage hatte während der Vorbereitung kein Konsens erzielt werden können. Die Zukunft der Fastenregelungen, eine traditionell für die Orthodoxie wichtige Frage, und ihre pastorale Dimension in der heutigen Welt standen ebenso auf der Tagesordnung, wie das Sakrament der Ehe sowie die Ehehindernisse, insonderheit die Frage der Eheschließung mit NichtchristInnen. Die Beziehungen zum Rest der christlichen Welt, der Ökumene, waren ebenso Gegenstand der Erörterungen dieser Konzilswoche. Im Öku-

mene-Papier, so Nobert Zonker von KNA, werde der unbedingte Wille zur Wiederherstellung der Einheit der Kirche betont.

Für diese Einheit sei freilich unter anderem die Einheit in den Sakramenten und in der apostolischen Sukzession notwendig. „Interkonfessionelle Kompromisse“ würden abgelehnt. Ausdrücklich bekenne sich das Papier zum ökumenischen Dialog mit anderen christlichen Kirchen und Konfessionen auf vielfältige Weise. Jede Form von Proselytismus, also das Abwerben von Christen anderer Kirchen, werde abgelehnt. Ein Streitpunkt in der Diskussion über das Dokument sei gewesen, ob anderen Kirchen der Status „Kirche“ zuerkannt werden soll.

Besonders besorgt zeigten sich die Kirchenführer in ihrer Schlusserklärung über die Verfolgung und Unterdrückung religiöser Minderheiten im Nahen Osten. Sie riefen die Regierungen der Region dazu auf, die christlichen Gemeinschaften, gleich welcher Tradition, zu schützen. Besorgt zeigten sie sich auch über die Konsequenzen des wissenschaftlichen Fortschritts und der damit aufkommenden ethischen Dilemmata. Die Texte der sechs Beschlüsse und der abschließenden „Enzyklika“ sowie der „Botschaft“ des Konzils liegen im Internet unter auf Englisch, Griechisch, Russisch, und Französisch vor.

<https://www.holycouncil.org>

### Klimawandel: Herausforderung für Gerechtigkeit, Frieden und den Glauben

Shanghai, Kalkutta, Jakarta, Tokio, New York, Hong Kong, Miami und New Orleans sind nicht unmittelbar geographisch mit der Reformation verbunden, die vor 500 Jahren in Wittenberg geschah und eine weltweite Welle der Veränderung auslöste. Jedoch, so OeRK-Generalsekretär Rev. Olav Fykse Tveit auf einer Tagung des Lutherischen Weltbundes in Wittenberg im Juni 2016, sind es die genannten Städte – neben tausend anderen –, die vom steigenden Meeresspiegel als einer Konsequenz des Klimawandels betroffen sind. „Die Schöpfung steht nicht zum Verkauf“, so Tveit, „sie gehört im letzten Gott. Wir sind dafür verantwortlich, wie wir als PartnerInnen Gottes mit ihr umgehen, wir sollen Helfende in Gottes Schöpfung sein.“

Tveit sprach sich für grundlegende Veränderungen in der Art und Weise der Produktion von Gütern aus, in der Organisation des Handels und im Finanzsystem. „Wir leben heute in einer Welt, die von einer globalen Wirtschaft angetrieben wird und in der finanzielle Motivationen dominieren, einer Welt, wo alles ein Preisschild trägt ... Die Schöpfung aber ist eben nicht käuflich!“ Es ist eine Frage des Glaubens: Entweder sehen wir die Welt nur als Umgebung, ausschließlich dazu da, unsere Bedürfnisse zu befriedigen, oder aber als ein lebendiges System, in das auch wir als Geschöpfe Gottes eingeflochten sind.

Für Luther war Sünde ein Teil der Wirk-

lichkeit. Es ist wichtig zu erkennen, dass Sünde eine destruktive Realität ist, die auch in struktureller Form in Politik und Wirtschaft auftreten kann. Reue hingegen markiere eine Haltung, die sich Veränderung und Kritik öffnet. Reue wird konkret, wenn wir auf Gottes Stimme der Vergebung hören, so Tveit. Dies könne helfen, die Bedürfnisse des Anders in den Vordergrund zu stellen, besonders derjenigen, die um der Gerechtigkeit und des Friedens willen, mehr Aufmerksamkeit benötigen: Unser Nächster in Not und die drangalierte Schöpfung.

Tveit verwies darauf, dass freie Märkte einen großen Teil des Problems darstellten, in ihnen werde die Natur kommerzialisiert. Marktbasierende Strategien werden in ihnen als Lösungen zu ökologischen Krisen vorgeschlagen. Gewöhnlich werden in solchen Modellen die wirklichen Kosten für Menschen nicht erfasst, die an den Rand gedrängten, können ihre Rechte nicht einfordern. Es brauche heute Wandel und Umkehr, so Tveit, auf diese Weise würden die Werte der Reformation aktualisiert.

### Nuklearwaffen: Ökumene für baldigen Bann

Wann ist der richtige Zeitpunkt, um eine sehr schlimme Sache mit einem Bann zu belegen? Die Völker mussten sich diese Frage stellen, als sie Sklaverei, Folter, Chemiewaffen usw. ächteten. Über 100 Regierungen und Organisationen der Zivilgesellschaft, darunter der Weltkirchenrat (OeRK) diskutieren diese Frage erneut in einer UN-Arbeitsgruppe zu den Atomwaffen. Das Forum trifft sich dreimal im Jahr.

Eine solide Mehrheit, die unbedingt Fortschritte erzielen möchte nach Jahrzehnten des Stillstands und der fast alle anwesenden Nichtregierungsorganisationen angehören, ruft nach Sofortmaßnahmen. Viele, einschließlich des OeRK, unterstreichen die Notwendigkeit eines gesetzlich verankerten Banns. Der OeRK-Generalsekretär, Pfarrer Dr. Olav Fykse Tveit, vermerkte in einem Statement an die Gruppe, dass neue Beweise für die katastrophalen Auswirkungen von Atomwaffen den Willen der Mehrheit bestärkt hätten, das zu tun, was eine Mehrheit tun kann, nämlich neue Gesetze zu machen, um die Gesetzeslücke bei den Atomwaffen zu schließen.

Dennoch besteht eine starke Minderheit von Regierungen darauf, dass die derzeitigen Verträge und Rechtsmittel ausreichend seien, auch wenn die Maßnahmen viele Jahre lang nicht angewandt wurden und auch keine Ächtung der Atomwaffen vorsehen. Die Debatte ist lebhaft und lösungsorientiert, doch, und das ist bezeichnend, haben die neun Länder, die Atomwaffen besitzen, es vorgezogen, nicht daran teilzunehmen.

Der OeRK-Generalsekretär sagte, Erfolg bei diesem aufs Abstellgleis geschobenen Problem benötige Verhandlungen in Treu und Glauben, eine grundsätzliche gesetzli-

che Verpflichtung aller Staaten, die vertraglich niedergelegt ist in Nuklearverträgen und Rechtsfällen. Die neuere Geschichte zeige, dass in einem guten Geist geführte Verhandlungen über atomare Abrüstung ziemlich selten geworden seien. Einige Foren wurden auf unbestimmte Zeit verschoben, andere wurden nie eingerichtet, sagte Tveit. Die Arbeitsgruppe ist „eine Gelegenheit, mit solchen Strukturen zu brechen; ist für alle offen, kann von niemand blockiert werden und ist damit beauftragt, ein großes Gemeingut vorwärts zu bringen“. Mitgliedskirchen und ökumenische Partner im Oekumenischen Friedensnetzwerk haben vor der Sitzung der Arbeitsgruppe 15 Regierungen kontaktiert. Oekumenische Delegierte, darunter zwei Mitglieder der OeRK-Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten, Anthony Adebayo aus Nigeria und Stanley Noffsingen aus den USA, haben die Sitzung ausgewertet. „Kirchen in allen Regionen der Welt suchen nach einem substantiellen Fortschritt“, sagte Tveit.

Der OeRK und Pax Christi haben sich mit Buddhisten, Muslimen und Hindus zusammengetan und in einer gemeinsamen Erklärung alle Regierungen aufgerufen, in gutem Glauben ihre Verpflichtung einzuhalten, einen Weg auszuhandeln zu nuklearer Abrüstung. Atomwaffen sind die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht geächtet sind. Einige Staaten und die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen einschließlich des OeRK schlagen spätestens im nächsten Jahr Verhandlungen zur Ächtung von Atomwaffen vor. Die Arbeitsgruppe ist damit beauftragt, konkrete und rechtswirksame Maßnahmen herauszufinden, die notwendig sind, um die Welt atomwaffenfrei zu machen. Sie ist beauftragt, ihre Ergebnisse der diesjährigen UN-Vollversammlung vorzulegen.

### Philippinen: Indigene vor dem Menschenrechtsrat in Genf

Über die Vertreibung der indigenen Völker der Lumad aus einem Gebiet in Mindanao im Süden der Philippinen berichtete vor dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen in Genf Kerlan Fanagel, ein Vertreter des Volkes der Ba'laan, am 20. Juni 2016. Internationale Bergbauunternehmen nahmen sich ihr Land und seine Ressourcen. Ihr Zugang zu Wasser sei durch Privatisierung bedroht, weil Firmen auf ihrem Land Palmöl gewinnen wollen. Fanagel sprach im Auftrag der Kommission der Kirchen für internationale Angelegenheiten (CCIA) des Weltkirchenrates, die sich um Gerechtigkeit für die einheimischen Völker der Region kümmern.

Ihre Situation ist ein Schwerpunkt auf dem Pilgerweg für Gerechtigkeit und Frieden des OeRK, wie er in Busan beschlossen wurde. Das Programm hat auch eine eigene englischsprachige Facebook-Präsenz.

IndigenousPeoplesintheWCC@IndigenousWCC

Fanagel erklärte, dass seine Geschwister selbst auf dem Gelände der Haran Mission der United Church of Christ auf den Philippinen, auf das sie sich geflüchtet hatten, um Schutz zu finden, nicht von den para-militärischen Einheiten in der Region in Ruhe gelassen worden seien; selbst reguläre Truppen des Staates beteiligten sich an der Verfolgung der indigenen Völker. Nur internationaler Protest und Druck können den indigenen Völkern helfen, ihre Lebenswelt zu erhalten.

### Malaysia: Katholiken und Protestanten rücken zusammen

Angestoßen durch den internationalen Dialog zwischen dem Lutherischen Weltbund (LWB) und der katholischen Kirche haben auch die Lutheraner in Malaysia Diskussionen über eine engere Zusammenarbeit zwischen Christen unterschiedlicher Konfessionen in ihrem Land auf den Weg gebracht: Auf der Insel Penang haben sie die „Gemeinsame Erklärung zur Rechtfertigungslehre“ für die nationale Ebene unterzeichnet.

Bischof Aaron Chuan Ching Yap von der Lutherischen Kirche in Malaysia erklärt, dass die Leitungen der vier LWB-Mitgliedskirchen in Malaysia das 500. Reformationsjubiläum 2017 als eine „ausgezeichnete Gelegenheit ansehen, um das gemeinsame Zeugnis der Kirchen in der pluralistischen und multi-religiösen Gesellschaft des Landes hervorzuheben.“

Der Bericht „Vom Konflikt zur Gemeinschaft“, der vom LWB und dem Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen erarbeitet worden war, sei eine solide Grundlage, auf der an engeren Beziehungen im Sinne eines gemeinsamen Zeugnisses der christlichen Kirchen gearbeitet werden kann.

Christen haben einen Anteil von rund neun Prozent an der malaysischen Gesamtbevölkerung von 31 Millionen. Die vier LWB-Mitgliedskirchen zählen zusammen genommen etwa 130.000 Mitglieder.

### HIV und AIDS: Glaubensgemeinschaften verpflichten sich

In eigenen Treffen vor der Uno-Konferenz zu HIV und AIDS verpflichteten sich Glaubensgemeinschaften erneut, HIV und AIDS zu beenden.

Sally Smith, leitende Beraterin bei UNAIDS für religiöse Organisationen, warb um die Hilfe religiöser Organisationen: „Wir haben die wissenschaftlichen Möglichkeiten, um HIV in fünf Jahren zu beenden, aber uns fehlen die finanziellen Mittel. Wir brauchen religiöse Organisationen und Ihre Bereitschaft, noch einen Schritt weiter zu gehen. Sie sind aufgerufen, die Aufgabe zu Ende zu führen, die Sie angefangen haben.“



Photo © Alban Hillier/WCC

*César Antonio Núñez von UNAIDS referierte ebenfalls beim interreligiösen Vortreffen vor der HIV und AIDS-Konferenz der UNO in Durban/Südafrika.*

### Simbabwe: Leben unerträglich

Die politisch-wirtschaftliche Lage in Simbabwe erweist sich im Sommer 2016 als unerträglich. Die Gründe liegen u. a. in einer hohen Arbeitslosenquote, die über 80 Prozent beträgt. Der bankrotte Staat konnte die Gehälter seiner Soldaten, Polizisten und Lehrer bereits wiederholt nicht rechtzeitig bezahlen. Ein Drittel der Bevölkerung ist auf ausländische Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Selbst die Kriegsveteranen gehen auf Distanz und verurteilen neuerdings die „weitverbreitete Korruption“ und die „bankrotte Führung“ Mugabes, die das Land zu Grunde gerichtet hätten. Ein Auslöser für die Proteste der Bevölkerung Anfang Juni, war der Versuch der Regierung mangels ausreichender Devisen, eine Art Notgeld auszustellen, das bei den Menschen angesichts ihrer Erfahrungen mit der Wirtschaftspolitik der Regierung, auf wenig Akzeptanz stieß. Die Regierung findet keinerlei Kreditgeber mehr. Zahlreiche Kirchenvertreter prangern die Notlage der Bevölkerung an und machen auf die unerträgliche Situation in Simbabwe aufmerksam: Der öffentliche Protest des evangelischen Pfarrers Evan Mawarire (Siehe: #ThisFlag Bewegung) wurde zu einem Fanal, das die Regierung auch nicht durch die Verhaftung des Geistlichen unterdrücken konnte. In einer Erklärung zusammen mit ökumenischen Partnern wandte sich der Rat der Kirchen in Simbabwe (ZCC) an die Öffentlichkeit und forderte Gespräche mit der Regierung. Eine der wichtigsten Fragen des Landes, die verbreitete Korruption, sei nur mit einer gemeinsamen Anstrengung aller in den Griff zu bekommen.

### Reformationsjubiläum: Ökumenisch und international

Das 500. Reformationsjubiläum 2017 soll eine ökumenische, europäische und internationale Veranstaltung werden, das berichtet der Oekumene-Journalist Stephen Brown aus Berlin. „Mit dieser Vorgabe unterschei-

den wir uns eindeutig von allen früheren Jubiläumsveranstaltungen vergangener Jahrhunderte und senden ein Signal der Versöhnung und des Neuanfangs“, sagte Bischof Heinrich Bedford-Strohm, Ratsvorsitzender der EKD am 9. Mai auf einer Pressekonferenz, auf der die Veranstaltungen im Vorfeld des Jubiläums am 31. Oktober 2017 bekannt gegeben wurden.

Die Jubiläumsveranstaltung ruft den Tag im Jahre 1517 in Erinnerung, an dem Martin Luther der Überlieferung zufolge seine 95 Thesen wider den Ablasshandel an die Tür der Schlosskirche zu Wittenberg angeschlagen hat.

Luthers Tat setzte eine Ereigniskette in Gang, die schließlich zur Reformation und zur Spaltung des westlichen Christentums in die römisch-katholische und die evangelische Kirche führte.

In den vergangenen Jahren haben die römisch-katholische und die lutherische Kirche jedoch zu einem Konsens in der Frage der Rechtfertigungslehre gefunden. Diese war zwischen dem Papst sowie Luther und seiner Gefolgschaft ein konfliktreicher Streitpunkt, über den es zum Eklat kam. Nach Aussage von Bedford-Strohm sollten auch zahlreiche andere Lehrdifferenzen keine kirchenspaltenden Eigenschaften mehr haben.

Die über ein Jahr laufenden Jubiläumsveranstaltungen werden offiziell am 31. Oktober in Deutschland mit einem Gottesdienst in Berlin eingeläutet. An diesem Tag werden Papst Franziskus und Bischof Munib Younan, Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB), ebenfalls einen ökumenischen Gottesdienst in Lund in Schweden feiern. In Lund wurde der LWB im Jahre 1947 gegründet. Sie werden um Vergebung und für das Heilen der Wunden beten, die sich die Konfessionen in Laufe der Jahrhunderte gegenseitig zugefügt haben.

„Wir werden gemeinsam mit ihnen in Berlin feiern“, sagte Bedford-Strohm. „Was nach Lund kommt und welche Dynamik sich aus diesem Ereignis entwickeln könnte, vermag niemand zu sagen“, betonte er. Einen Besuch von Papst Franziskus in Deutschland „schließe er jedenfalls nicht aus“.

Im Herbst 2016 werden protestantische und katholische Kirchenleitende aus Deutschland eine gemeinsame Pilgerreise nach Israel und Palästina unternehmen, um sich an die Wurzeln ihres gemeinsamen Glaubens zu erinnern. Im März 2017 folgt dann ein gemeinsamer Buß- und Versöhnungsgottesdienst der evangelischen und katholischen Kirche in Deutschland.

Die europäische Dimension der Reformation wird durch ein Geschichtenmobil lebendig. Der Truck „Geschichten auf Reisen“ startet am **3. November 2016** in Genf. Er folgt einem europäischen Stationenweg und verbindet 68 Städte in 19 Ländern, die der Reformation Impulse gegeben haben. Endstation am **20. Mai 2017** ist Wittenberg, dort beginnt die viermonatige Reformations-Weltausstellung „Tore der Freiheit“.

Am **31. Oktober 2017** ist für Wittenberg eine offizielle Feier geplant. Der Schwerpunkt liegt aber auf einem „dezentralen“ Reformationsgedenken, so Bedford-Strohm, mit Gottesdiensten in unterschiedlichen Kirchen in Deutschland.

## Vatikan: Neue Sprecher

Franziskus hat mit der Ernennung des 56 Jahre alten US-Amerikaners Greg Burk einen ehemaligen Time Magazin und Fox News Korrespondenten sowie Opus Dei Mitglied zum neuen Pressesprecher des Heiligen Stuhls ernannt. Zugleich wurde mit Paloma García Ovejero (40), eine ehemalige Vatikan-korrespondentin des spanischen Senders COPR, zum ersten Mal eine Frau zu stellvertretenden Sprecherin berufen. Nach Ansicht von Vatikanbeobachtern erfüllen diese Berufungen, die zwar nicht die mächtigsten Positionen im Vatikan betreffen, wohl aber nach dem Bischof von Rom die am meisten wahrgenommenen Gesichter, verschiedene Zwecke gleichzeitig: Der Pontifex macht deutlich, dass er nicht anti-(US-)amerikanisch ist, er gibt ein Signal der Offenheit an Gruppierungen, die als äußerst konservativ/reaktionär gelten und er macht deutlich, dass es bei Stellenbesetzungen um Kompetenz geht. Die Berufung einer Frau auf diese Stelle ist dabei noch ein weiterer Pluspunkt für die Öffentlichkeit.

## Kardinal: Flüchtlinge nicht zur Konversion drängen

ChristInnen, die Flüchtlingen helfen, sollen dies ohne Hintergedanken tun und nicht versuchen, sie zugleich zu missionieren, erklärte Müller, Präfekt der römischen Glaubenskongregation auf einer Konferenz über die Enzyklika Deus Caritas Est (2005) von Benedikt XVI. Natürlich müsse die Kirche mit mehr helfen, als nur die materiellen Bedürfnisse abzudecken. Es sei die Aufgabe der Kirche, für Jesus Christus Zeugnis abzulegen. Er wäre eine Art der Geringschätzung, Menschen darauf zu reduzieren, dass sie nur materielle Bedürfnisse hätten. Jesu Forderung, den Nächsten zu lieben, heiße Gottes Liebe Gestalt zu geben in der Hilfe für den Nachbarn; die Hilfe müsse aber ohne eine heimliche Agenda gewährt werden. Die Nächstenliebe zu einem Instrument des Proselytismus zu verkehren, sollte nicht unsere Haltung sein, so der Kardinal. Ein guter Christ wisse, wann es Zeit sei, über Gott zu sprechen und wann es besser ist, zu schweigen. Manchmal sei das schweigende Zeugnis das beste Zeugnis für die Liebe Gottes. Nächstenliebe müsse von Gebet



Begegnung von OeRK und WEA in Bossey bei Genf

Photo: © Marianne Eijerster/WCC

begleitet sein, sonst stehe sie leicht in der Gefahr zu blindem Aktivismus zu werden und einem unbedingten Bedürfnis, die Welt zu verändern. Religiöse Unterschiede seien kein Grund, andere auszuschließen, ja im Gegenteil, Gott selbst schließe niemanden aus. Andere auszuschließen baue Mauern auf, die uns von Gott trennten. Das sei die eigentliche Sünde.

## OeRK und Evangelikale: Gespräche über Bereiche zukünftiger Zusammenarbeit

Die Leitung des Oekumenischen Rates der Kirchen (OeRK) und Vertretende der Weltweiten Evangelischen Allianz (WEA) trafen sich im Oekumenischen Institut in Bossey in der Schweiz, um mögliche Bereiche zukünftiger Zusammenarbeit zu erörtern. Auf dem Programm der Tagung standen Diskussionen über aktuelle Entwicklungen in Gesellschaft und Kirche sowie über evangelikale und ökumenische Bewegungen nach. Sowohl vom OeRK als auch von der WEA nahm der jeweilige Generalsekretär an der Tagung teil. Die beiden Organisationen diskutierten Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in thematischen Bereichen wie „öffentliches Zeugnis und Friedenskonsolidierung in interreligiösen Kontexten“ und „theologische Reflexion, Bildung und Ausbildung“. OeRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit sagte, „Christen und ihre Gemeinden rund um die Welt sind sich heute mehr denn je bewusst, dass das Leben selber in Gefahr ist. So viele Gefahren – wie Klimawandel, aber auch Armut und wirtschaftliche Ungerechtigkeit, Gefahren für die Gesundheit und das Wohlergehen, Gewalt und Krieg – gefährden die Menschheit und können unsere Hoffnung schwinden lassen.“

WEA-Generalsekretär Bischof Efraim Tendaro bekräftigte den Bedarf einer engeren Zusammenarbeit zwischen OeRK und WEA: „In unserer zunehmenden Zusammenarbeit können wir auf jahrelange Diskussionen und gegenseitiges Verständnis aufbauen. Dies ist nicht eine überstürzte Aktion in einer veränderten Situation, sondern ein durchdachter Schritt in Richtung besserer Zusammenarbeit von Christen auf globaler Ebene.“

Bei Meldungen aus der internationalen Oekumene wurden in Ergänzung zu eigenen Recherchen Agenturmeldungen von OeRK, IPS, LWI, RWF, CEC, RNA und KIPA ausgewertet.

## THEMA

## Konziliarer Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung und die Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) der „Agenda 2030“ der UNO



Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen beschlossen 2015 eine „Agenda 2030“ mit 17 Zielen nachhaltiger Entwicklung (SDG) und weiter ausdifferenzierenden 169 Unterzielen. Damit sollen die drängendsten Probleme unserer Zeit angegangen werden.

Diese Ziele werden auf nationaler Ebene weiter konkretisiert. Die Bundesregierung erstellt dazu einen Nachhaltigkeitsbericht. Zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter auch Unternehmensverbände, sind sowohl bei der UNO wie auch in Deutschland jeweils beteiligt. Zustände und Handlungsfortschritte sollen für jedes Ziel international und national messbar und vergleichbar werden. Dazu gilt es, Indikatoren zu finden.

Auf ihrem gemeinsamen Lernweg der Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung, der sie immer mehr miteinander verbindet, haben die Kirchen Übereinstimmungen und Anregungen formuliert.

Atmosphäre, Meere, Wälder und Böden sind Voraussetzungen für menschliches Überleben und die Möglichkeit für Zivilisation. Im Folgenden wird auf die entsprechenden Ziele für nachhaltige Entwicklung in der Agenda 2030 hingewiesen.

Seit Jahrzehnten haben die Kirchen dazu Grundüberzeugungen formuliert, die ihren Horizont und Perspektive sichtbar machen. Für die globale Ebene repräsentativ formulierte die Oekumenische Weltversammlung 1990 in Seoul:

### „Wir bekräftigen, dass Gott die Schöpfung liebt.“

(...) Da die Schöpfung von Gott ist und seine Güte die ganze Schöpfung durchdringt, sollen wir alles Leben heilig halten. (...)

Wir bekräftigen, dass die Welt als Gottes Werk eine eigene Ganzheit besitzt und dass Land, Wasser, Luft, Wälder, Berge und alle Geschöpfe, einschließlich der Menschen, in Gottes Augen „gut“ sind. Die Bewahrung der Ganzheit der Schöpfung hat einen sozialen Aspekt, nämlich Frieden auf der Grundlage von Gerechtigkeit, und einen ökologischen Aspekt, nämlich die Regenerierbarkeit und Überlebensfähigkeit natürlicher Ökosysteme.

Wir werden dem Anspruch widerstehen, alle geschaffenen Dinge dienen lediglich dazu, vom Menschen ausgebeutet zu werden. Wir widersetzen uns (...) dem Konsumdenken (...) der Verschmutzung von Land, Luft und Wasser (...).

Deshalb verpflichten wir uns, ... die Rechte kommender Generationen zu achten und die Ganzheit der Schöpfung zu bewahren; dafür sollen wir uns einsetzen um des eigenen Wertes willen, die die Schöpfung von Gott hat (...).“

(Oekumenische Weltversammlung in Seoul 1990; Grundüberzeugung VII)

### „Wir bekräftigen, dass die Erde Gott gehört.“

Das Land und die Gewässer bedeuten Leben für die Menschen, ja für alles, was lebt, heute und in Zukunft. (...)

Wir bekräftigen deshalb, dass das Land Gott gehört. Der Mensch soll Boden und Gewässer so nutzen, dass die Erde regelmäßig ihre lebensspendende Kraft wiederherstellen kann, (...)

Wir werden jeder Politik widerstehen, die Land als bloße Ware behandelt (...).

Wir verpflichten uns zur Solidarität mit Urvölkern, (...) mit Landarbeitern und armen Bauern, (...) Wir verpflichten uns außerdem, den ökologisch notwendigen Lebensraum anderer Lebewesen zu achten.“

(Oekumenische Weltversammlung in Seoul 1990; Grundüberzeugung VIII)

Diese Überzeugungen sind in der Frage der Klimagerechtigkeit vielfach bestärkt und konkretisiert worden.

Zwei Jahre nach Seoul fand in Rio de Janeiro die Konferenz der UNO für Umwelt und Entwicklung statt. Ein wichtiges Ergebnis war die Agenda 21. Zur Jahrtausendwende folgten die acht Millenniumsziele, seit 2015 die Agenda 2030 mit den siebzehn Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs).

Die notwendigen Herausforderungen brauchen das Engagement aller Menschen.

Christen und Kirchen mit ihrem weiten Horizont, mit ihrer Langzeitperspektive und mit ihrer Fähigkeit, Menschen im Innern anzusprechen, haben hier ihre große Ausgabe. Die Leitbegriffe ihres gemeinsamen Lernweges, nämlich Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung, sind in der Lage, die komplexen Problemlagen leicht erfassbar und handhabbar zu machen. Das zeichnet sie auch gegenüber den 17 SDGs aus.



## SDG 13 Umgehende Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen

Die Erwärmung der Erdatmosphäre wurde seit Beginn der Industrialisierung hauptsächlich durch die Anreicherung von Treibhausgasen durch „den Menschen“ hervorgehoben („Zwischenstaatliche Sachverständigenkommission für Klimaveränderungen“ Intergovernmental Panel on Climate Change der UNO, IPCC) 2007).

Der ursächliche Anteil muss genauer beschrieben werden. Es geht um den kohlenstoffbasierten Produktions- und Lebens-

stil eines Teils der Menschheit. Menschen, die sich diesen Lebensstil nicht leisten können, etwa Indigene, selbstversorgende Kleinbauern, die Armen, sind an der anthropogenen Erzeugung des Klimawandels nicht beteiligt.

### Ein Zehntel der Weltbevölkerung verantwortet die Hälfte der Klimaerwärmung

Es sind weltweit vor allem die reichen Menschen, die durch ihren hohen Konsum zum Klimawandel beitragen. Das geht aus dem im Dezember 2015 veröffentlichten Bericht „Extreme Carbon Inequality“ der Entwicklungsorganisation Oxfam hervor, der die konsumbedingten Emissionen der Menschen in armen und reichen Ländern vergleicht. Zwar wächst der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase vor allem in den Schwellenländern, dient dabei aber größtenteils der Produktion von Waren, die in reichen Ländern konsumiert werden. Dem Bericht zufolge ist damit die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung – dreieinhalb Milliarden Menschen – für nur zehn Prozent des weltweiten Ausstoßes klimaschädlicher Treibhausgase verantwortlich, werden aber von Stürmen, Dürren und anderen Folgen des Klimawandels besonders hart getroffen. Den reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung, so der Oxfam-Bericht weiter, ist die Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen zuzuschreiben. Die Verantwortung für Emissionen über Grenzen hinweg, aber auch innerhalb einzelner Länder ist mit sozialer Ungleichheit ver-

knüpft. Ein Angehöriger des reichsten Prozents der Weltbevölkerung ist demnach für 175mal mehr Treibhausgase verantwortlich als ein Angehöriger der ärmsten zehn Prozent.

Als Hauptgrund für den weltweit steigenden Verbrauch von Energie und anderen Ressourcen lässt sich die global noch wachsende Mittelklasse ausmachen, die sich an westlichen Lebensmustern orientiert.

Die Erwärmung des Klimasystems ist eindeutig. Der menschliche Einfluss ist die Hauptursache der beobachteten Erwärmung seit Mitte des 20. Jahrhunderts. Die bereits heute eingetretenen Klimaänderungen haben weitverbreitete Auswirkungen auf Mensch und Natur. Viele der seit den 1950er Jahren beobachteten Veränderungen sind zum ersten Mal seit Jahrzehnten bis Jahrtausenden aufgetreten. Die Atmosphäre und die Ozeane haben sich erwärmt, die Schnee- und Eismengen sind zurückgegangen und der Meeresspiegel ist angestiegen. Die in Gang gekommenen Prozesse werden sich über Jahrhunderte und z.T. Jahrtausende fortsetzen.

Menschliche Aktivitäten haben die atmosphärischen Konzentrationen von Kohlendioxid, Methan und Lachgas auf Werte ansteigen lassen, die in mindestens den letzten 800.000 Jahren noch nie vorgekommen sind. Dies führte zu einer Aufnahme von Energie in das Klimasystem. Davon wurde in den vergangenen 40 Jahren mehr als 90% durch die Ozeane gespeichert, so dass diese erwärmt wurden.

### Unterziele und 1,5 Grad-Marke

Zur Begrenzung der Erwärmung auf 1,5°C (1,3°C sind schon erreicht) oder 2°C sind die jetzigen Minderungspläne nicht ausreichend. In den von IPCC untersuchten Szenarien ist zur wahrscheinlichen Einhaltung der 2°C Obergrenze eine Reduktion der globalen Treibhausgasemissionen in allen Sektoren bis zum Jahr 2050 von 40% bis 70% gegenüber dem Jahr 2010 notwendig und Emissionen nahe null bzw. darunter im Jahr 2100.

Nach Berechnungen des Weltklimarats IPCC ist ohne einen schnellen und konsequenten Klimaschutz ein globaler Temperaturanstieg um durchschnittlich 4°C oder mehr in diesem Jahrhundert wahrscheinlich.

Das der Begrenzung der Klimaerwärmung gewidmete SDG 13 sieht im Wesentlichen die Stärkung der Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren vor (13.1), die Einbeziehung von Klimaschutzmaßnahmen in nationale Politiken (13.2) sowie die Verbesserung der personellen und institutionellen Kapazitäten im Bereich der Abschwächung des Klimawandels und der Klimaanpassung (13.3). Dazu sollen die in den begleitenden Entscheidungen zum Klimaabkommen von 2015 übernommenen Verpflichtungen der entwickelten Länder, bis 2020 gemeinsam jährlich 100 Milliarden US-Dollar aus privaten und öffentlichen Quellen zur Unterstützung der



Photo: © Armin Pasch/FAA

*Die Ernährung steht in Frage*



Entwicklungsländer zu mobilisieren, erfüllt werden (13.a) sowie Planungs- und Managementkapazitäten in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern gefördert werden (13.b).

Sowohl für die internationale wie für die deutsche Ebene ist er dringend erforderlich, an der ersten Zielmarke von 1,5°C festzuhalten. Nur sie ermöglicht Inselstaaten und dichtbesiedelten Küstengebieten überhaupt Chancen. Das 2°C-Ziel bedeutet bereits eine Inkaufnahme enormer Schäden. Zu entstehenden klimabedingte Schäden und Verluste haben sich die Staaten bereits in Rio 1992 auf das Verursacherprinzip geeinigt. Das hat auch eine historische Dimension. Eine Frage, die immer wieder von den Kirchen eingebracht werden muss, die sich ihren Mitgeschwistern in anderen Regionen ebenso verbunden wissen, wie den nahen Nächsten, ist die konkretisierte Umsetzung des Verursacherprinzips, und Regelungen zum Ausgleich und Wiedergutmachung für entstandene Verluste und Schäden.



## SDG 14 Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen

Ökologisch intakte, leistungsfähige Meeres- und Küstenökosysteme sind für die Ernährungssicherung in der Welt, für nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sowie die Anpassung der Küstenbewohner an die Auswirkungen des Klimawandels von sehr hoher Bedeutung. Die Funktionsfähigkeit der Weltmeere bildet eine weltweite Belastungsgrenze, die nicht überschritten werden darf. Die Küstenbereiche sind weltweit ein Siedlungs- und Wirtschaftsschwerpunkt und unterliegen einem hohen Nutzungsdruck.

Die Unterziele des SDG 14 konkretisieren den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Meere: 14.1 und 14.3 adressieren Meeresverschmutzung und Überdüngung (Zieljahr 2025) bzw. Versauerung der Meere, Unterziele 14.2 und 14.5 die nachhaltige Bewirtschaftung bzw. den wirksamen Schutz der Meeres- und Küstenökosysteme (jeweils mit Zieljahr 2020). 14.4 und 14.6 bezwecken das Ende von Überfischung, illegaler Fischerei und zerstörerischen Fangpraktiken, u.a. durch Abschaffung kontraproduktiver Subventionen (ebenfalls mit Zieljahr 2020). Unterziel 14.7 fordert wirtschaftliche Vorteile aus der nachhaltigen Nutzung der Meere für Entwicklungsländer. Weitere Aspekte sind die Weitergabe von Meerestechnologien



Photo: © Mark Beah/AVCC

*Schon jetzt zeigen sich Auswirkungen des Klimawandels auf Pazifikinseln*

ologien (14.a), der Zugang von Kleinfischern zu Meeresressourcen und Märkten (14.b) und die Umsetzung des Seerechtsübereinkommens der Vereinten Nationen (14.c). Zur weiteren Konkretisierung ist nach Meinung z. B. von „Brot für die Welt“ ein Indikator notwendig, der die große Bedeutung der Fischerei für die Ernährungssicherheit – vor allem die Eiweißversorgung – großer Bevölkerungsgruppen im globalen Süden berührt. Im Kampf gegen den Hunger ist die Förderung der handwerklichen Fischerei in vielen Entwicklungsländern von zentraler Bedeutung. Deutschland trägt mit überhöhtem Fischkonsum zur Überfischung der Weltmeere bei. „Brot für die Welt“ verweist darauf, dass damit die Hungerproblematik in den armen Ländern, die auf Fisch angewiesen sind, verschärft wird.



## SDG 15 Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der Biodiversität ein Ende setzen

Unterziel 15.1 nimmt den Erhalt der Land- und Binnensüßwasser-Ökosysteme in den Blick, während 15.3 die Wüstenbildung so-

wie den Schutz der Bodenqualität und 15.4 die Bergökosysteme adressieren. Unterziel 15.2 macht die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldtypen, die Beendigung der Entwaldung sowie den Wiederaufbau geschädigter Wälder und die Aufforstung zum Ziel. Mit den Unterzielen 15.5 bis 15.8 soll vor allem dem Verlust der biologischen Vielfalt begegnet werden, u. a. durch ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus der Nutzung genetischer Ressourcen ergebenden Vorteile (15.6), dringende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wilderei und des Handels mit geschützten Pflanzen- und Tierarten (15.7) oder die Verhinderung des Einbringens invasiver gebietsfremder Arten (15.8). Schließlich sollen Ökosystem- und Biodiversitätswerte in Entscheidungsprozesse einbezogen werden (15.9).

Neben dem Klimawandel macht der Verlust an fruchtbarem Land, die zunehmende Knappheit von sauberem Wasser und der Schwund der Artenvielfalt der Menschenbewohnbarkeit unsere Erde zu schaffen.

In der Bundesrepublik liegt der Landverbrauch bei 63 Hektar pro Tag, weniger als vordem, aber immer noch doppelt so hoch wie der Zielwert von maximal 30 Hektar zu beschränken. Auch die Entsigelung ist als Ziel konkreter zu definieren.

Die Intensivierung der Landwirtschaftlichen Produktion verursacht Artensterben. Der hohe Stickstoffeinsatz der Landwirtschaft führt zu Überdüngung und zu Biodiversitätsverlusten. Von großer Bedeutung zum Schutz der Wälder sind die Rechte indigener Völker am Wald. Deutschland sollte die ILO-Konvention 169 zur Stärkung der Rechte indigener Völker ratifizieren.

(Zur Beschreibung der Inhalte der SDGs und ihrer Unterziele wurden teilweise Texte aus dem Entwurf zum Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung verwendet)

## Die UN-Agenda 2030 und ihre nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) verglichen mit den Zielen des Konziliaren Prozesses

### Die Schwächen der SDGs

- ▷ Die Agenda strotzt vor utopischen Forderungen.
- ▷ Der Zeitrahmen von 15 Jahren für die Umsetzung der 17 Hauptziele ist unrealistisch.
- ▷ Die Agenda 2030 ist voll von vagen Absichtserklärungen.
- ▷ Kosten- und Finanzierungspläne existieren nicht.
- ▷ Die Agenda 2030 ist völkerrechtlich nicht bindend.

### Die Stärken der SDGs

Die Agenda 2030 nimmt Erkenntnisse auf, die in der Ökumene schon lange gewonnen worden waren, z. B.

- ▶ Die Zusammengehörigkeit und innere Verschränktheit der Bereiche (soziale Gerechtigkeit, (gerechter) Friede und (nachhaltige) Schöpfungsbewahrung).
- ▶ Alle Entwicklung dient der Durchsetzung von Menschenrechten.
- ▶ Auch die SDGs setzen sich für die Marginalisierten, die Ärmsten, die Verwundbarsten, der Ausgeschlossenen, für die Menschen an den Rändern ein.
- ▶ Die Bedrohung der Menschheit durch die Erderwärmung wird sehr ernst genommen.
- ▶ Jetzt endlich wird der Frieden zu einem integrierten Entwicklungsziel (SDG 16).
- ▶ Erkenntnisse der christlichen Schöpfungstheologie sind in die SDGs eingeflossen.

Darüber hinaus gibt es zahlreiche weitere Übereinstimmungen zwischen den Nachhaltigkeitszielen und den durch die ökumenische Bewegung verfolgten Zielen.

### Das Grundübel der SDGs

Die SDGs setzen auf ein dauerhaftes industrielles Wachstum. Die Wachstumspolitik hat bisher die Armen relativ ärmer gemacht. Unser Planet wird noch stärker übernutzt und ruiniert, wenn auch arme Länder auf ein ähnliches Verbrauchsniveau gehoben werden wie das der reichen Länder. Die SDGs erwägen nicht einmal eine strukturelle Änderung des herrschenden Wirtschaftssystems. Begriffe wie Degrowth, Nullwachstum, Suffizienz oder Postwachstumsgesellschaft sucht man vergeblich in der Agenda. Weder eine globale noch eine nationale Verteilergerechtigkeit, die hohe Abgaben von den Reichen erforderlich machen würde, ist im Blick. Vorprogrammiertes Scheitern?

Dauerhaftes wirtschaftliches Wachstum, und sei es noch so grün, plündert den Planeten, verschmutzt ihn und heizt ihn weiter auf. Die vielen richtigen Erkenntnisse werden sich im Rahmen einer kapitalistischen

Wachstumssystems nicht umsetzen lassen. Dennoch sollte überlegt werden, ob die Nachhaltigkeitsziele nicht auch eine systemkritische Wirkung haben können. Man darf nicht übersehen, dass die durchgängige Forderung nach nachhaltiger Entwicklung, Bewirtschaftung etc. eine heftige Kritik an den kapitalistischen Entwicklungsstrategien impliziert. Die Nachhaltigkeitsforderung stellt den prinzipiell nicht nachhaltigen Kapitalismus grundsätzlich in Frage. Sie kratzt nicht nur an ihm; sie ist bis zu einem gewissen Grad ein Gegenmodell.

Ob die SDGs scheitern oder zu einem gewissen Erfolg führen werden ist eine Machtfrage. Vieles hängt davon ab, wie viele einzelne Menschen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Religionsgemeinschaften, Parteien, Journalisten, Wissenschaftler, Wirtschaftsverbände, Regierungen und internationale Institutionen sich für ihre Umsetzung stark machen. Anlass zur Hoffnung gibt die Tatsache, dass praktisch die ganze Weltgemeinschaft im September 2015 die Agenda 2030 verabschiedet hat.

WERNER GEBERT

Wiedergegeben ist hier eine Kurzfassung. Vollständiger Text unter [www.plaedoyer-ecu.de](http://www.plaedoyer-ecu.de) „Aktuelles“



**Akademie  
Solidarische  
Ökonomie**



**Stiftung Ökumene**



**Oekumenisches Büro  
Treptow Köpenick**

## Gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf des Fortschrittsberichts 2016 der Bundesregierung zur Nachhaltigkeitsstrategie

(Kurzfassung)

### Überzeugender und ambitionierter Ansatz

Wir begrüßen den ambitionierten und gut begründeten Ansatz des Entwurfs zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (...).

### II. Fragliche Lösungsstrategien

In dem vorgelegten Bericht werden zahlreiche überzeugende Vorschläge und Maßnahmen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele angeführt. Es bleibt allerdings die Frage, ob die genannten Maßnahmen ausreichen, um den angestrebten grundlegenden Wandel zu einer nachhaltigen Gesellschaft umsetzen zu können. Ist es möglich, in einer

auf kurzfristige Gewinn- und Renditemaximierung orientierten Wirtschaft langfristige Ziele, wie die Herstellung eines ökologischen Gleichgewichts oder auch soziale Ziele, wie die Bekämpfung der Armut, zu erreichen? Wir finden hier keine überzeugenden Antworten. (...)

### Zwischenbilanz

Es lassen sich in dem Bericht zahlreiche Widersprüche zwischen Anspruch und Umsetzung der ehrgeizig formulierten Ziele aufzeigen. Die berechtigte Frage, ob denn unsere Wirtschaftsweise überhaupt in der Lage sei, die gesetzten Nachhaltigkeitsziele umzusetzen, wird umgangen. (...)

### IV. Alternativen suchen und testen

Wir erwarten in dem Bericht das Benennen der Grenzen der jetzigen Wirtschaftsweise und Hinweise auf andere ökonomische Ansätze, die sich ernsthaft mit der Problematik einer nachhaltig orientierten Gesellschaft und Ökonomie auseinandersetzen. Dazu haben sich weltweit die christlichen Kirchen seit Jahrzehnten in der ökumenischen Bewegung und jüngst Papst Franziskus geäußert.

Wichtige Impulse können hier beispielsweise aus den Ansätzen der pluralen Ökonomie, der Gemeinwohlökonomie, der solidarischen Ökonomie oder der Postwachstumsökonomie gewonnen werden. (...).

### V. Handlungsoptionen der Regierung

(...) Die Regierung benennt mindestens eine Person aus dem Spektrum „Neue Ökonomie und Strategie“ für den Nachhaltigkeitsrat. Die Regierung stellt umfangreiche Mittel für neue, nachhaltig orientierte, Initiativen, Projekte und Forschungsprojekte zur Verfügung. (...)

Die Regierung berücksichtigt die Ergebnisse der ökumenischen Bewegung. Diese ist in allen Regionen lokal verwurzelt, und zugleich global vernetzt. Sie bildet einen sehr empfindsamen Resonanzboden für die Stimmen von Benachteiligten. Sie verfügt über demokratische Institutionen auf allen Ebenen und kann auf regen Austausch von Gemeindeparterschaften und Initiativen aufbauen. Im gemeinsamen Lernprozess von Christen und Kirchen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung wurden alle großen Glaubens- und Überlebensfragen, wie sie sich auch jetzt in den SDGs manifestieren, seit Jahrzehnten bearbeitet. Sie hat eine Dekade lang konzentriert global zur Überwindung von Gewalt und für Versöhnung gearbeitet.

Kontakt: Norbert Bernholt (Geschäftsführer der Akademie Solidarische Ökonomie), Am Butterberg 16  
21335 Lüneburg, [nbernholt@t-online.de](mailto:nbernholt@t-online.de)  
Tel.: 0 41 31 / 721 74 50

## Aus oekumenischen NETZEN

### ► Bayern

#### Klimagerechtigkeit – den Wandel gestalten

„Das Wetter ist eine Katastrophe“: eine bekannte Klage unserer Tage, schreibt das Oekumenische Netz in Bayern in seiner Einladung zum kommenden Studientag. „Das Klima verändert sich – sichtbar durch Katastrophen wie Überschwemmungen oder extreme Dürren. Die Folgen: Kriege, Flucht, Vertreibung, Armut. Millionen von Klimaflüchtlingen suchen eine Bleibe. Rational ist es vielen bewusst: Die unbegrenzte Nutzung der Erdatmosphäre zur Entsorgung von CO<sub>2</sub> führt zu Erderwärmung. Länder, die am wenigsten zum Klimawandel beitragen, müssen am meisten darunter leiden. Das schreit zum Himmel. So kann es nicht weitergehen. In diesen Tenor stimmten sogar die Politiker der Klimakonferenz von Paris ein. Wir brauchen einen Wandel. Beim Studientag wollen wir uns die Dringlichkeit des Systemwandels bewusst machen und Handlungsschritte entwickeln.“

Auf dem Studientag am **8. Oktober 2016** von 10–17 Uhr im Nürnberger Gemeindezentrum der Zionskirche, Hohlfederstr. 33, wird Prof. H. Diefenbacher zum Thema „Klima, Gerechtigkeit und große Transformation“ referieren. Ihm folgt ein Beitrag des Bundestagsabgeordneten J. Göppel (CSU) „Klimawandel als politische Herausforderung“. Mit weiteren Beitragenden aus der evangelisch-methodistischen sowie der römisch-katholischen Kirche, dem BUND und Bluepingu zu Beispielen, um den nötigen Wandel zu gestalten, wird eine dichte Diskussion erwartet. Der bundesweite Oekumenische Ratschlag und das Oekumenische Netz in Deutschland wollen sich mit Arbeitsgruppenangeboten beteiligen und am folgenden Sonntag, den **9. Oktober**, ebenfalls in Nürnberg eigene Schwerpunkte bearbeiten.

Kontakt und Anmeldung zum Studientag bei

Pfr. i. R. Hans Harald Willberg, Mühlbachweg 13

90559 Burgthann, Tel.: 09183

haha.willberg@t-online.de

### ► Rhein-Mosel-Saar

#### Theologische Reflexion radikaler Kritik des Kapitalismus

Im Mittelpunkt des Nachdenkens und der Aktivitäten des Oekumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar steht in diesem Jahr die Theologie. Für das Netz steht radikale Kapi-

talismuskritik im Zusammenhang der Herausforderung durch das, was Menschen erleiden, und ist verwurzelt in der jüdisch-christlichen Tradition. Mit radikaler Kritik ist gemeint, dass wir im Zusammenhang der Wert-Abspaltungskritik den kategorialen Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation kritisieren und zur Disposition stellen. Wer über den Kapitalismus und damit die Zerstörung des Lebens hinaus will, muss das in Frage stellen, was Grundlage und Grenze dieses Systems darstellt, also Arbeit, Geld, Wert als Konstitution abstrakter Herrschaft, die politische und rechtliche Form, sowie die Abspaltung des Weiblichen.

Darum stellt sich die Frage nach dem Zusammenhang von radikaler Kapitalismuskritik und theologischer Reflexion. Bei der Netzversammlung wurden die Grenzen thematisiert, auf die auch vertraute Formen von Theologie im Zusammenhang des Krisenkapitalismus stoßen: Arbeit, Subjekt, Politik, Recht, Primat der Praxis als falsche Unmittelbarkeit usw. Zugleich wurde gefragt: Was bedeuten in diesem Zusammenhang theologische Kategorien wie Empfindsamkeit für das Leid, Erinnerung, Befreiung, Hoffnung etc.? Ins Zentrum der folgenden Netzversammlung im November rückt dann die Frage nach Gott und mit ihr verbunden die Frage nach dem Verhältnis von Transzendenz und Immanenz im Zusammenhang des Krisenkapitalismus.

Die „Verbindung“ von radikaler Gesellschaftskritik und einem befreiungstheologischen Denken, das die Grenzen und das mit ihnen verbundene Zerstörungspotential der kapitalistischen Gesellschaft reflektiert, ist nicht zuletzt für die Fortschreibung des Netz-Papiers „Das ‚Ganze‘ verändern“ von Bedeutung. Deshalb soll diese Thematik nach der Diskussion bei den Netzversammlungen auch im Netztelegramm erläutert und schließlich in eine Neufassung des „Grundlagenpapiers“ im kommenden Jahr integriert werden.

DOMINIC KLOOS

Kontakt: Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Löhrstr. 51, 56068 Koblenz, Tel.: 02 61/29 68 16 91

oder 02 61/89 92 62 84, info@oekumenisches-netz.de

www.oekumenisches-netz.de

### ► Württemberg

#### Christen und Muslime für Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung

Christen und Muslime in Baden-Württemberg setzen sich gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit und Schöpfungsbewahrung ein

und engagieren sich in der Hilfe für Flüchtlinge. Dies geht aus einem „Gemeinsamen Wort zum Einsatz für Frieden und Gerechtigkeit“ hervor, das am 2. Juni in Stuttgart vorgestellt wurde. Der Vorstand des Oekumenischen Netzes in Württemberg, das in der regionalen ACK mitarbeitet, widmet sich dieser Initiative mit Interesse. Der in einem Gesprächsforum von christlichen und muslimischen Theologen formulierte Text ist zusammen mit den wichtigsten islamischen Religionsgemeinschaften und Initiativen in Baden-Württemberg von der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Baden-Württemberg veröffentlicht worden.

Die Unterzeichner des Textes verpflichten sich und rufen dazu auf, „gemeinsam bei uns und weltweit für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung, für die Respektierung der Menschenwürde und der Religionsfreiheit einzutreten.“ In dem Dokument heißt es weiter: „Wir wissen gemeinsam um Gewalt und Aggression. Wir sehen die Aufgabe und auch die Schwierigkeiten der Religionsgemeinschaften, damit umzugehen, weisen aber die Unterstellung zurück, die Religionen selbst seien für Gewalt und Aggression verantwortlich. Darum verpflichten wir uns und rufen dazu auf, den Friedensimpuls und das Friedenspotential der Religion neu zu entdecken, zu stärken und zu profilieren.“

„Als Christen und Muslime wissen wir uns nicht zuletzt dadurch zum gemeinsamen Friedensengagement verpflichtet, dass an vielen Konflikten in der Welt Christen und Muslime beteiligt, in sie verwickelt oder durch sie betroffen sind. Zumal durch fragwürdige oder unzutreffende religiöse Begründungen Konflikte auch verursacht, verschärft oder Lösungen erschwert werden.“ Deshalb sollen sich Christen und Muslime auf ein „Wetteifern im Guten“ einlassen. Angesichts der Gefahr, dass bestehende Unterschiede verfestigt und neue Gegensätze aufgebaut werden, gehe es um gemeinsame Konfliktbearbeitung und Friedenserziehung, um Aufklärung und Dialog, den Abbau von Vorurteilen sowie um karitativ-wohltätige und entwicklungspolitische Zusammenarbeit. „Dass dies keine abstrakte Überlegung, sondern eine praktische Notwendigkeit ist, zeigt uns allen exemplarisch die gegenwärtige Krise in der Bewältigung der Flüchtlingsnot innerhalb und außerhalb Europas.“ Dabei werde deutlich, dass den Religionsgemeinschaften eine ganz besondere Verantwortung zukommt: „Christen und Muslime wissen – je auf ihre Weise – ihr Leben und Handeln in der Barmherzigkeit Gottes begründet und dem Liebesgebot verpflichtet. Viele Christen und Muslime handeln und helfen deshalb ganz selbstverständlich.“ Diese Hilfe beschränke sich nicht nur auf humanitäre Aktivitäten der Barmherzigkeit und Nächstenliebe bei uns, sondern weise auch die politisch Verantwortlichen auf die Notwendigkeit hin, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Flüchtlingshilfe in den Her-

kunftsregionen und anderen Aufnahme-  
ländern solidarisch zu unterstützen.“

Kontakt: Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12  
74348 Lauffen, Tel.: 07133/21068

## ► Oekumenisches Netz in Deutschland (OeNiD)

### Entscheidungen für kommendes Jahr

Im Anschluss an den Nürnberger Studientag  
des bayrischen Netzes am **8.10.** zu „Klima-  
gerechtigkeit – den Wandel gestalten“ lädt  
das OeNiD zu seiner Jahresversammlung ein.

Auf der Tagesordnung stehen Berichte  
und Diskussion über die Aufgaben und die  
Verfassung des ÖNiD sowie auch die Wahl  
eines Koordinierungskreises und einer Spre-  
cherin bzw. eines Sprechers.

Das Treffen in der methodistischen Zions-  
kirche, Hohfeder Str., findet ab 18 Uhr statt.  
Übernachtungen sind möglich bei Eigen-  
anmeldung im Caritas-Pirckheimer-Haus.

Kontakt und Anmeldungen: Michael Held  
c/o Arbeitsstelle „Praktische Schritte“  
Simon-Haune-Str. 15, 36251 Bad Hersfeld  
Tel.: 0 66 21/62 01 86, A-P-S@gmx.de

## ► Oekumenischer Ratschlag

### Nachhaltigkeit und Spiritualität

Zu „Nachhaltigkeit und Spiritualität“ haben  
sich ökumenische Initiativgruppen aus ganz  
Deutschland am 30. April in Frankfurt berate-  
ten. Ohne spirituelle Grundlagen – wie sie  
der Oekumenische Rat der Kirchen auf seiner  
Vollversammlung in Busan beschrieben hat –  
seien die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten  
Nationen nicht erreichbar, stellte der  
„Oekumenische Ratschlag“ am 30. April fest.  
Das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele  
verlange einen grundlegenden Neuanfang.  
Die Teilnehmenden machten darauf auf-  
merksam, dass Neoliberalismus und christ-  
licher Glaube unvereinbar sind. Die Vertre-  
terInnen zahlreicher Netzwerke knüpften in  
Frankfurt an die bisherigen Ergebnisse des  
globalen ökumenischen Pilgerwegs der Gerech-  
tigkeit, des Friedens und der Schöp-  
fungsbewahrung an, wie auch an Aussagen  
von Papst Franziskus („Diese Wirtschaft  
tötet“). Mit dem Ratschlag führten sie die  
Vorhaben und Selbstverpflichtungen der  
bundesweiten Oekumenischen Versammlung  
2014 in Mainz weiter. Der nächste Oekume-  
nische Ratschlag findet am 9. Oktober in  
Nürnberg statt.

Ein Impulsreferat von Werner Gebert be-  
fasste sich beim Frankfurter Ratschlag mit  
Spiritualität. Hier folgt eine Kurzfassung:

## Ohne spirituelle Grundlage sind Entwicklungsziele nicht erreichbar

Es empfiehlt sich zu unterscheiden zwi-  
schen einer individualistischen, meist esote-  
risch geprägten Spiritualität und einer ge-  
meinschaftsbezogenen, also politischen  
Spiritualität. Letztere muss sich mit dem,  
was die Gemeinschaft zusammenhält, also  
auch mit Grundwerten und Leitbildern  
auseinander setzen. Ein wesentliches Merk-  
mal der politischen Spiritualität ist die  
Übernahme von Verantwortung. Damit hat  
sie eine starke ethische Komponente. Sie  
wird praktisch im Einsatz vor allem für die  
Benachteiligten in der Gesellschaft.

### Die spirituelle Grundlage des konziliaren Prozesses

Dieser Bund gegenseitiger Verpflichtung  
von Kirchen, sich für Gerechtigkeit,  
Frieden und die Integrität der Schöpfung  
einzusetzen, hat eine im christlichen Glau-  
ben verwurzelte Spiritualität als Grundlage.  
Der Geist des Konziliaren Prozesses ist  
dem brutalen Geist des Kapitalismus, der  
das Gewinnstreben preist und Natur und  
Menschen zerstörend ist, unversöhnlich  
entgegengesetzt. Christliche Spiritualität  
wird u.a. fassbar in den Grundüberzeu-  
gungen, wie sie bei der Ökumenischen  
Weltversammlung 1990 in Seoul formuliert  
wurden, etwa: „Gott steht auf der Seite der  
Armen.“ „Alle Rassen und Völker sind  
gleichwertig“, „Gott liebt die Schöpfung“  
oder „Die Erde gehört Gott“. Diese Spiritu-  
alität hat eine dynamische Transforma-  
tionskraft in sich; sie wird als transformati-  
ve Spiritualität wirksam. Sie richtet sich in  
erster Linie auf die Heilung und Erneue-  
rung der Schöpfung.

Die außerchristlichen Formen von Spiritu-  
alität ergänzen die jüdisch-christlichen  
sehr gut; beide haben eine überraschend  
große gemeinsame Schnittmenge. Das ist  
wichtig zu wissen, wenn man als christliche  
Organisation mit säkularen Gruppierungen  
zusammenarbeiten will.

Es lohnt sich, die folgenden Ausformun-  
gen von Spiritualität genauer zu studieren:

1. *Die Gaia-Hypothese: Die Erde kann als  
Großorganismus betrachtet werden. Der  
Mensch ist ein Kind der Mutter Erde und  
bildet eine Einheit mit ihr und allen Lebe-  
wesen.*
2. *Ken Wilbers Werke: Er vertritt die These,  
dass der Westen aus seinem Selbstzerstö-  
rungsprojekt nicht mit naturwissenschaft-  
lichen Methoden einschließlich Ökologie  
und Effizienzprogrammen herauskom-  
men wird, sondern nur mit Hilfe einer  
erneuerten Spiritualität, die im göttlichen  
Urgrund wurzelt. Eines seiner zahlrei-  
chen Bücher trägt den Titel „Integrale  
Spiritualität“ und den Untertitel „Spiri-  
tuelle Intelligenz rettet die Welt“.*

3. *Die Spiritualität indigener Kulturen: Sie  
haben ein Naturverständnis, bei dem es  
um ein Leben in Gemeinschaft mit dem  
Universum und der Natur und deren  
wohl austarierten Gleichgewichten geht.  
Gutes, erfülltes Leben (buen vivir) ist  
bestimmt von einer Ethik der Genügsam-  
keit.*
4. *Die Spiritualität der Tiefenökologie von  
Joanna Macy: Sie predigt eine ganzheitli-  
che, nichtdualistischen Spiritualität, die  
die Trennlinien zwischen dem individuel-  
len Selbst und der Umwelt aufbricht. Sie  
betont die lebendige Heiligkeit der Welt.*
5. *Christian Felber: „Die innere Stimme.  
Wie Spiritualität, Freiheit und Gemein-  
wohl zusammenhängen“ Daraus ein  
Zitat: „... Menschen, die sich gefunden  
haben, im Frieden mit sich selbst und in  
sich ruhend, und die gleichzeitig mit allen  
anderen Menschen, Tieren, Pflanzen und  
dem All verbunden sind, sorgen sich aus  
innerem Antrieb für das eigene und das  
gemeinsame Wohl. Sie sind zugleich  
Bindemittel und Stützen der Gesellschaft.  
... Die Welt wird tendenziell friedlicher,  
nachhaltiger, kooperativer und mensch-  
licher, je mehr Menschen sich dieses  
Lebensziel setzen ...“ (S. 67)*

WERNER GEBERT

Vollständiger Text unter [www.plaedoyer-ecu.de](http://www.plaedoyer-ecu.de)

### Konziliarer Prozess und Ziele nachhaltiger Entwicklung

Der kommende bundesweite Oekumenische  
Ratschlag findet in Verknüpfung mit dem  
Oekumenischen Netz Bayern am Sonntag,  
den **9. Oktober** in Nürnberg statt.

Die Ratschläge ökumenischer Initiativen  
sind schon eine jahrzehntelange Übung. Auf  
der letzten Oekumenischen Versammlung in  
Mainz 2014 wurden Weichen zu ihrer Fort-  
setzung gestellt.

Die VertreterInnen ökumenischer Netze in  
Deutschland wollen in Nürnberg als Veran-  
stalter der 1983 vom Oekumenischen Rat  
der Kirchen initiierten „Konziliaren Prozess  
für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung  
der Schöpfung“ mit den im Jahr 2015 von  
den Vereinten Nationen beschlossenen Zie-  
len Nachhaltiger Entwicklung (Sustainable  
Development Goals, SDG) vergleichen: Wo  
gibt es Übereinstimmung, wo gravierende  
Differenzen?

Der Konziliare Prozess hat sich zu einer  
weltweiten Bewegung entwickelt, die Konsul-  
tationen und Studien zu zahlreichen Unter-  
themen hervorgebracht hat. Die wichtigsten  
Ziele: Eine unter Mitwirkung der Betroffenen  
gestaltete Wirtschaft im Dienst des Lebens,  
Schutz der Gemeingüter, angefangen bei  
Wissen, Wasser, Luft und Boden, es geht um  
Ausbau der individuellen, sozialen, wirtschaft-  
lichen und kulturellen Menschenrechte,  
Gerechter Friede, Friedensdienste, Absage an  
Rassismus und patriarchale Strukturen, Arten-  
und Tierschutz, Änderung der Lebensstile.

Die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sind erfreulicherweise ein gutes Stück deckungsgleich mit den Zielen des Konziliaren Prozesses. Doch hat die Zusammenarbeit zwischen Regierungsvertretern, Konzernen und Zivilorganisationen bei der Formulierung des 40-Seiten-Papiers deutliche Spuren hinterlassen. Es ist ein Kompromisspapier. Die Zivilgesellschaft hat eine große Zahl spezieller ökologischer Forderungen untergebracht, die Konzerne haben ihre Vorstellung von Wirtschaftswachstum durchgesetzt (s. Punkte 66–68), und die Regierungen haben rüstungskritische und antimilitaristische Forderungen ausgebremst. (s. Ziel 16). Und es gibt Unterschiede im Denkhorizont zum konziliaren Prozess insgesamt.

Dennoch können die SDGs, wenn sie eben auch in kritischer Weise bekannt gemacht werden, nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch lokaler Ebene der notwendigen Transformation unserer Produktions- und Konsummuster neue Impulse geben. Dazu braucht es geeignete Bildungsmaterialien und Anstöße in Initiativen und Gemeinden. Zur Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung hat der Vorbereitungskreis für den Ratschlag bereits eine Stellungnahme abgegeben (se. Anlage).

Kontakt und Anmeldung für den Ratschlag schriftlich bei Pfr. i. R. Werner Gebert, Banweg 14  
72131 Ofterdingen, per E-Mail: [cuw.gebert@t-online.de](mailto:cuw.gebert@t-online.de)  
sowie „cc“ an: [ecunet@t-online.de](mailto:ecunet@t-online.de)

## ► Oekumenische Friedengebetsgruppen

### Keine Zeit für Frieden?!

Die Hochengagierten in den ökumenischen Friedengebetsgruppen treffen sich regelmäßig. Dieses Jahr befassen sie sich mit Friedensbildung und deren Potential, mit dem Thema „Frieden und Globalisierung“ sowie mit einer lokalen Konkretion im Gebiet Nürnberger Land. Ein Hauptreferat steuert Dr. Wolfgang Simon bei „Keine Zeit für Frieden?!“. Das Vernetzungswochenende mit Impulsen, Gebet und Austausch findet vom **Freitag, 23. bis Sonntag, 25. September 2016** in Reichenschwand statt. Eingeladen wird vom Friedengebets-team der Evang.-Luth. Kirchengemeinde Ottensoos.

Kontakt: Friedengebets-team, Dagmar Schienhammer  
Konrad-Prögel-Str. 12, 91242 Ottensoos  
Fax: 09123/9597042

[dagmar.schienhammer@t-online.de](mailto:dagmar.schienhammer@t-online.de)  
Evang.-Luth. Pfarramt, Hans-Pirner-Str. 41  
91242 Ottensoos, Pfarramt.Ottensoos@gmx.de

## ► Pax Christi



### Papst um Friedenszyklika gebeten

Die katholische Kirche soll die biblische Gewaltlosigkeit wieder ins Zentrum ihrer Lehre und Glaubenspraxis stellen. Dies ergab eine gemeinsame Konferenz von pax christi international und der päpstlichen Kommission *Justitia et Pax*, die vom 11.–13. April 2016 in Rom stattfand. „Wir glauben, dass es keinen „gerechten Krieg“ gibt“, heißt es im Abschlussplädoyer. Zu oft sei die gerechter Krieg-Theorie benutzt worden, um Krieg zu führen anstatt ihn zu verhindern oder zu begrenzen. pax christi bittet Papst Franziskus um eine Friedenszyklika über Gewaltfreiheit und gerechten Frieden. Biblische Gewaltfreiheit soll in der Kirche, z.B. in den Gemeinden, in der Priesterausbildung, an Universitäten gelehrt und gelebt werden. Gewaltfreie Praxis und Strategien wie Gewaltfreier Widerstand, Trauma-Arbeit oder nichtmilitärischer Schutz der Zivilbevölkerung sollen entwickelt werden. Eine weltweite Diskussion über Gewaltfreiheit in der Kirche und außerhalb soll geführt werden. Für die Abschaffung von Krieg und von Atomwaffen soll Lobbyarbeit erfolgen. Ungerechte Weltmächte sollen herausgefordert und Menschenrechtsaktivisten geschützt werden.

An der Konferenz nahmen 85 Personen aus allen Kontinenten teil. Aus Deutschland beteiligten sich Wiltrud Rösch-Metzler, pax christi-Bundesvorsitzende, Stuttgart, und Peter Bürger, Düsseldorf. Aus Luxemburg nahm Prof. Dr. Gerhard Beestermöller teil.

Kontakt: Pax Christi, Deutsche Sektion  
Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin  
Tel.: 030/2007678-0, [sekretariat@paxchristi.de](mailto:sekretariat@paxchristi.de)

## ► Pax Christi Mainz

### Rüstung löst keine Konflikte

Deutsche Rüstungsunternehmen gehören zu den weltweit größten Exporteuren von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern. 2015 haben sich die Exporte von großen Waffensystemen beinahe verdoppelt, stellte der Vorstand des Pax-Christi-Diözesanverbandes Mainz zum Rüstungsexportbericht 2015 der Bundesregierung in einer öffentlichen Erklärung fest. Damit tragen diese Unternehmen und unser Land eine wesentliche Schuld am Elend und Tod zahlloser Menschen.

Im Hinblick auf die besondere Verantwort-

ung unseres Landes, das im vergangenen Jahrhundert Ausgangspunkt zweier menschenverachtender Weltkriege war, erzeugt der Rüstungsexport, der von politischen und industriellen Kräften neue Unterstützung erfährt, massives Unbehagen.

Pax Christi im Bistum Mainz warnt von der irreführenden Annahme, durch Rüstungsexporte bundesdeutsche und europäische Interessen zu wahren z. B. in der Sicherstellung der Transportwege für lebenswichtige Güter für unser Land.

Pax Christi wendet sich dagegen, durch den Export von Rüstungsgütern Systeme von Herrschaft zu unterstützen, die gegen die Freiheit und Freiheitswege des jeweiligen Volkes gerichtet sind und wie z. B. in Saudi-Arabien schon jetzt dazu beitragen, das eigene Volk zu unterdrücken und massiv Menschenrechte einzuschränken. Durch Rüstungsexporte und durch Verweigerung des Dialogs drohe eine Rüstungs- und Kriegsdynamik zu entstehen, deren Ende nicht abzusehen ist.

Die Bundesregierung stehe in der Verantwortung. Sie genehmigt immer wieder den Export von Rüstungs- und Kriegstechnik sowie Rüstungslizenzen in Krisenregionen unserer Erde. Selbst Länder, die von diktatorischen Regimen geführt werden und/oder selbst Teil des Terrors sind, z. B. Saudi-Arabien, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrein, Qatar, werden davon nicht ausgenommen.

Die parlamentarische Kontrolle von Rüstungsexporten hat sich als völlig unzureichend erwiesen. Die Waffenlieferungen von G-36-Gewehren der Firma Heckler & Koch nach Mexiko haben dies deutlich gezeigt. [...]

Wir fordern von unseren Kirchen und ihren Leitungen, nicht nur auf diese Verwicklungen aufmerksam zu machen, sondern wirksame Schritte zu unternehmen, dass der gewaltfreie Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung sich weiter entfaltet und nicht durch solche destruktiven Schritte unterbunden und konterkariert wird.

Kontakt: pax christi Mainz, Bischofsplatz 2  
Alois Bauer, 55116 Mainz, Tel.: 06721/159834  
[frieden@bistum-mainz.de](mailto:frieden@bistum-mainz.de)

## ► Europäischer Kirchentag

### Vorhaben für 2022

Die Vision eines europäischen Kirchentages wird greifbarer: Vertreter von Kirchen und Laienorganisationen aus verschiedenen europäischen Ländern haben am 11. Juni in Kappel in der Schweiz den Verein „European Christian Convention“ gegründet. Damit hätten die Pläne für ein europaweites Treffen der Christen Fahrt aufgenommen, erklärte

der Deutsche Evangelische Kirchentag, der Gründungsmitglied des neuen Vereins ist, am 13. Juni in Fulda. Zu den Initiatoren zählt Sven Giegold, Grünen-Europapolitiker und Präsidiumsmitglied des Deutschen Evangelischen Kirchentages.

### „Europa menschlicher und die Christenheit europäischer machen“

Ein europäischer Kirchentag kann Europa menschlicher und die hiesige Christenheit europäischer machen, erklärte Giegold. Schließlich könne das europäische Projekt nur gelingen, wenn europäische Öffentlichkeit entstehe. Ein offenes Treffen von ChristInnen in Europa sei dazu ein Beitrag. An der Realisierung des Projekts arbeiten bereits Protestanten, Katholiken und Orthodoxe aus elf Ländern. Basisinitiativen halten eine Fortsetzung der Europäischen Oekumenischen Versammlungen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung seit 1989 (Basel, Graz und Sibiu) für eine notwendige Zielsetzung.

Wann und wo genau das ökumenische Treffen stattfinden solle, stehe noch nicht fest, sagte Silke Lechner vom Deutschen Evangelischen Kirchentag. Angestrebt werde ein Termin zu Beginn der 2020er Jahre.

Seit 2013 wird die Idee eines europäischen Kirchentages verfolgt. Auf Initiative einer Arbeitsgruppe des Deutschen Evangelischen Kirchentages hin wurde im Jahr 2015 in Bad Boll ein vorläufiges Koordinationskomitee für das Projekt gegründet.

Kontakt: Ann Katrin Hergert, ak.hergert@bluewin.ch

### ► PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft



#### Zukunftsperspektiven der ökumenischen Bewegung in Deutschland

Das PLÄDOYER für eine ökumenische Zukunft plant zusammen mit der Evangelischen Akademie Hofgeismar eine Tagung zu den Zukunftsperspektiven der ökumenischen Bewegung in Deutschland. Der Fortsetzungsausschuss des PLÄDOYERs will eigene Erfahrungen, die sich aus der bisherigen 37jährigen Arbeit des PLÄDOYERs ergeben haben, mit den Erfahrungen von befreundeten Netzwerkgruppen zusammenbringen. Aus PLÄDOYER-Sicht sind die möglichen thematischen Schwerpunkte dieser Tagung die folgenden:

- *Weltweite Partnerschaft als ekklesiologische Grundlage und Perspektive*
- *Antiimperialismus, Konziliarer Prozess, Gerechter Friede und die Flüchtlingsfrage*

- *Ökologie, Theologie des Lebens, Klimawandel, theologische Zoologie und Umweltethik*
- *Good Governance, Menschenrechte, Interkulturalität, ökumenische Aus- und Fortbildung*

Welche Themen dann tatsächlich ausgewählt werden zur Bearbeitung in Referaten, Impulsen und Arbeitsgruppen, hängt auch ab von den Interessen der ökumenischen Gruppen, die sich einbringen wollen. Das so genannte Oekumene-Papier der EKD (EKD-Texte Nr. 124) soll ebenfalls Berücksichtigung finden. Insgesamt geht es um eine ökumenische Zielansage für Deutschland, die in einem Memorandum niedergelegt werden soll.

Leider steht der genaue Termin der Tagung noch nicht fest. Sie wird vermutlich erst im 1. Quartal 2017 stattfinden können.

Kontakt: Werner Gebert, Banweg 14  
72131 Ofterdingen, Tel.: 07473/959898  
Fax: 959894, euw.gebert@t-online.de

### ► Kairos Europa



#### „Interreligiöse Solidarität gegen Fluchtursachen“

Die jüngste Veröffentlichung von Kairos Europa widmet sich dem neuen Arbeitsschwerpunkt „Krisen, die Menschen in die Flucht treiben“ und hat den Titel „Interreligiöse Solidarität gegen Fluchtursachen“.

„Religion ist ein Chamäleon. Sie kann so oder so aussehen und wirken. Sie kann ungeheuer befreiend für Menschen und Gemeinschaften sein, sie kann aber auch schlimmste Unterdrückung bewirken. Wie ist dies zu erklären? Wenn man die Ursprünge der großen Weltreligionen studiert, wird deutlich dass in ihnen von Anfang an eine Gegenkraft gegen Unrecht und Unterdrückung am Werk ist. Da aber Religion große Macht über Menschenherzen und Menschenköpfe erlangen kann, interessieren sich Machthaber und Machtssysteme für sie und kooptieren sie, ja korrumpieren sie gar, sodass sie oft als Rechtfertigung für strukturelles und aktuelles Unrecht missbraucht wird.“

So schreibt Ulrich Duchrow im neuen Heft und er folgert: „Staats/Kapitaltheologie trägt wesentlich dazu bei, das herrschende Weltsystem und seine kriegerischen und ausbeuterischen Strukturen, die Menschen unweigerlich in die Flucht treiben, zu rechtfertigen und ideologisch zu stärken.“ Duchrow vermisst die Rezeption der Ergebnisse der 10. Vollversammlung des Oekume-

nischen Rates in Busan von 2013, die den Kapitalismus eindeutig verwerfen, wobei parallel die deutsche katholische Bischofskonferenz die Äußerungen von Papst Franziskus in „Freude des Evangeliums“ oder in der Enzyklika „Laudato si“ nicht rezipiert. Bei Franziskus heißt es „diese Wirtschaft tötet“ und als Schlussfolgerung wird gezogen „Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung, Nein zur neuen Vergötterung des Geldes, Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen, Nein zur sozialen Ungerechtigkeit, die Gewalt hervorbringt.“ Duchrow möchte geistliche Gegenbewegungen gegen Unrecht und Gewalt unterstützen.

(Kairos Europa: „Interreligiöse Solidarität gegen Fluchtursachen“, 64 S., Heidelberg 2016).

Kontakt: Martin Gück, Kairos Europa e.V.

Im WeltHaus, Willy-Brandt-Platz 5, 69115 Heidelberg  
Tel.: 0 62 21/433 36 22, gueck@kairoseuropa.de  
www.kairoseuropa.de

### ► Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF)



#### Neues Weißbuch – veraltete Rezepte

Aus Sicht der evangelischen Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) ist der inhaltliche Ansatz des neuen Weißbuchs der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr überholt. Die Erfahrungen zeigen, dass es illusorisch ist, mehr Sicherheit durch Aufrüstung und Militärinterventionen erreichen zu wollen. Bereits die Analyse der Bundesregierung greift zu kurz: Als Bedrohungen werden ganz unterschiedliche Phänomene wie Terror, Cyberangriffe, hybride Kriegsführung, fragile Staaten, Aufrüstung, die Bedrohung des freien Welthandels, Klima oder Migration aufgezählt. Ursachen für eine Unsicherheit seien neue Techniken, Globalisierung und Digitalisierung als Treiber eines gewaltigen Umbruchs, kritisiert Jan Gildemeister (Bonn). Völlig ausgeklammert würden hingegen im Weißbuch die weltweite wirtschaftliche und soziale Ungerechtigkeit, die Konflikte befeuert und Menschen in die Migration treibe, der immense Ressourcenverbrauch der Industrie- und Schwellenländer, der den Klimawandel beschleunige, was ebenfalls Fluchtbewegungen verursache, der wachsende Waffenhandel auch in Krisenregionen, von dem deutsche Rüstungskonzerne profitieren würden, und die Gefahr, die von Atomwaffen und deren Modernisierung ausgehe, meint der AGDF-Geschäftsführer.

Zwar werde im Weißbuch auch die Notwendigkeit ziviler Maßnahmen genannt, aber letztlich gehe es um mehr Soldaten und mehr Geld für eine Aufrüstung der Bundeswehr, betont der evangelische Friedensverband. Dabei werde aber ausgeblendet, dass militärische Interventionen in den letzten Jahrzehnten nie zur Lösung von Konflikten beigetragen, sondern letztlich zu noch größerem Leid geführt hätten. Gildemeister: Sie tragen nicht zu mehr Sicherheit in Deutschland bei, sondern befördern vielmehr den islamischen Terror.

Erforderlich ist nach Auffassung der AGDF vielmehr, dass Deutschland einen entschiedenen Beitrag dazu leiste, die weltweite Ungerechtigkeit abzubauen, den Klimawandel zu verlangsamen und Instrumente der Krisenprävention und der zivilen Konfliktbearbeitung auszubauen. So werde mittel- und langfristig der Nährboden für Flucht und Terror entzogen, könnten fragile Staaten an Stabilität gewinnen. Terroristische Verbrechen müssen mit polizeilichen und juristischen Mitteln bekämpft werden. Eine Politik der gemeinsamen Sicherheit ist nicht nur gegenüber Russland das Mittel der Wahl, dazu gehören auch einseitige Schritte, um Abrüstungsprozesse in Gang zu setzen. Zugleich muss die Bundesregierung auf eine aktive Friedenspolitik der EU, eine Stärkung der OSZE und des Europarates sowie der zivilen Aktivitäten der UN drängen – anstatt die NATO-Bündnispolitik hoch zu halten, macht Jan Gildemeister nachdrücklich deutlich.

Kontakt: AGDF e.V. Endenicher Str. 41, 53115 Bonn  
Tel.: 02 28 / 24 99 90, agdf@friedensdienst.de

## ► Darmstädter Signal

### Keine breite zivilgesellschaftliche Beteiligung im Weißbuchprozess

Die Vereinigung kritischer Soldaten „Darmstädter Signal“ sah sich veranlasst, eine eigene Website [www.weissbuch.org](http://www.weissbuch.org) einzurichten, um in dem offiziellen Dialogprozess leider kaum möglichen kritischen Stimmen zum Weißbuch eine öffentliche Plattform zu schaffen.

Entgegen der Ankündigung der Bundesministerin der Verteidigung habe es im Verfahren zur Erstellung des neuen Weißbuchs der Bundeswehr leider keine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft gegeben. Bemängelt wird vor allem, dass regierungskritische Organisationen aus der Friedensbewegung, darunter auch das Darmstädter Signal, nicht zu Dialogveranstaltungen des Ministeriums mit Experten eingeladen worden seien. Die angekündigte breite Beteiligung sei vielmehr sogar der Zensur unterworfen worden, indem im Internet die angekündigte Kommentarfunktion zu den vom Ministerium veröffentlichten Punkten abgeschaltet war. Nur vereinzelte kritische Wortmeldungen und

ausgesuchte Einsendungen seien vom Ministerium teilweise veröffentlicht worden, um das neue Weißbuch nach außen als Dokument der gesellschaftlichen Mehrheit darstellen zu können.

Kontakt: Arbeitskreis Darmstädter Signal  
c/o Florian Kling, C3 24, 68519 Mannheim  
Tel: 070 51-59, 744 90  
FlorianKling@darmstaedter-signal.de  
[www.darmstaedter-signal.de](http://www.darmstaedter-signal.de)

## ► Kooperation für den Frieden

### Friedenspolitische Perspektiven – Alternative zum Weißbuch

Die „Kooperation für den Frieden“, ein Zusammenschluss von mehr als 60 Organisationen und Initiativen aus der Friedensbewegung, legte mit den „Friedenspolitischen Forderungen und Perspektiven“ eine Alternative zum Weißbuch der Bundesregierung zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr vor. Die Kooperation lehnt das Weißbuch als Dokument der Aufrüstung ab.

Kontakt: Kooperation für den Frieden, Römerstr. 88  
53111 Bonn, Tel.: 02 28 / 69 29 05  
[info@koop-frieden.de](mailto:info@koop-frieden.de), [www.koop-frieden.de](http://www.koop-frieden.de)

## ► Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerer und Frieden (EAK)

### Weißbuch führt nicht nur zu neuen Waffen-Definitionen

Das neue „Weißbuch zur Sicherheitspolitik und zur Zukunft der Bundeswehr“ wird zu mehr Anträgen auf Kriegsdienstverweigerung gerade unter Reservisten führen, aber auch eine neue Definition von Waffen erfordern. Davon ist die Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Frieden (EAK) überzeugt. „Das Weißbuch weist den Reservisten gerade im Bereich Cyber neue Aufgaben zu und es erfordert eine genaue, womöglich auch juristische Klärung, was unter Waffen künftig überhaupt zu verstehen ist“, glaubt EAK-Geschäftsführer Wolfgang Burggraf.

Die EAK verweist dabei auf mehrere Formulierungen und Aussagen des neuen Weißbuchs, gerade was Cyberwaffen angeht. „Gab es früher drei Teilstreitkräfte der Bundeswehr, so wird dieses Spektrum nun um Cyber und Weltraum ausgedehnt“, erläutert Wolfgang Burggraf. Er setzt hinzu: „Das neue Weißbuch spricht davon, dass die Bundeswehr bei der Verteidigung gegen Cyber-Angriffe nicht nur defensiver, sondern auch offensiver Hochwertfähigkeiten bedürfe“.

Damit würde die Informationstechnologie aber zu einer Waffe, gibt Burggraf zu bedenken. „Artikel 4 des Grundgesetzes sagt, dass niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden darf. Zählt nun auch die Informationstechnologie dazu?“, fragt der EAK-Geschäftsführer.

Er erwarte hier juristische Klärungen bis hin zum Bundesverfassungsgericht. „Es wird sicher zu Klagen kommen“, zeigt sich Burggraf überzeugt. Dies gelte nach Ansicht des evangelischen Friedensverbandes umso mehr für die künftige Rolle der Reservisten. „Hier geht das Weißbuch sogar soweit, den Reservisten eine langfristige, verlässliche Unterstützung im Bereich Cyber zuzuschreiben und darüber hinaus auch externes Personal in Betracht zu ziehen“, sagt Wolfgang Burggraf. Er nimmt als Folge an: „Dies wird zu einer großen Welle von KDV-Anträgen bei Reservisten führen.“

Die EAK erwartet nun einen höheren Bedarf an einer Beratungstätigkeit für aktive SoldatInnen wie auch für Reservisten. „Die evangelische Friedensarbeit hat für dieses Jahr eine Projektstelle geschaffen, durch die die Struktur der Gewissensberatung durch die EAK auf sichere Füße gestellt werden soll.“

Kontakt: EAK, Endenicher Str. 41, 53115 Bonn  
Tel.: 02 28 / 2 49 99-0, [www.eak-online.de](http://www.eak-online.de)

## ► Friedensgutachten 2016

### Fluchtursachen und Militärinterventionen

„Wer über Fluchtursachen redet, darf über das Debakel der westlichen Militärinterventionen nicht schweigen.“ So lautet ein Fazit des „Friedensgutachten 2016“ von mehreren Forschungsinstituten.

Im Vorwort des Gutachtens heißt es: „Hunderttausende von Freiwilligen engagieren sich und helfen Kommunen und Behörden, die ungewohnte Herausforderung zu bewältigen. Sie verleihen dem Begriff der Zivilgesellschaft konkrete Gestalt. Unvermittelt daneben stehen fremdenfeindliche Aufmärsche und Gewalt gegen Flüchtlinge. In dieser angespannten Situation lag das zentrale Thema dieses Friedensgutachtens gleichsam auf der Hand. Es hält nicht nur die Politik in Atem, sondern ist auch eine Herausforderung für die Friedens- und Konfliktforschung. Wir wollen mit unserem Schwerpunkt „Fluchtursachen in den Fokus. Verantwortung übernehmen“ zur Versachlichung der Diskussion beitragen.“

Margret Johannsen, Bruno Schoch, Max M. Mutschler, Corinna Hauswedell, Jochen Hippler (Hg.)  
Friedensgutachten 2016  
LIT Verlag, ISBN 978-3-643-13370-0  
Auszüge unter [www.friedensgutachten.de](http://www.friedensgutachten.de)

## Oekumenische Netze im Konziliaren Prozess

Der OEKUMENISCHE INFORMATIONSDIENST bietet unter anderem den hier aufgeführten oekumenischen Netzen eine Austauschplattform.

### Bayern

#### Oekumenisches Netz in Bayern

c/o H. H. Willberg  
Mühlbachweg 13, D-90559 Burgthann  
Tel.: 091 83 / 95 00 39

### Berlin

#### Oekumenischer Rat Berlin-Brandenburg

Oekumenisch-Missionarisches Institut  
Gierkeplatz 2-4, D-10585 Berlin  
Tel.: 0 30 / 3 42 10 00  
Fax: 0 30 / 3 42 10 11

### INKOTA

Chrysanthenenstr. 1-3, D-10407 Berlin  
Tel.: 0 30 / 4 20 82 02-0  
Fax: 0 30 / 4 20 82 02-10

### Bremen

#### Fachstelle „Oekumene und Weltverantwortung“ im forum Kirche

Holler Allee 75, D-28209 Bremen  
Tel.: 04 21 / 3 46 15-36  
Fax: 04 21 / 3 46 15-38

### Hamburg

#### Solidarische Kirche in Nordelbien

Heike Schoon c/o Pauluskirche Altona  
Bei der Pauluskirche 1, D-22769 Hamburg  
Heike-Schoon@web.de

### Hessen

#### Oekumenisches Netz Nord- und Osthessen

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15  
D-36251 Bad Hersfeld  
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86  
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

### Niedersachsen

#### Arbeitskreis Konziliarer Prozess

Hermann de Boer  
Masurenstr. 9b  
D-31832 Springe

### Oldenburg

#### Oekumenisches Zentrum Oldenburg e.V.

Kleine Kirchstr. 12, D-26122 Oldenburg  
Tel./Fax: 04 41 / 2 48 95 24

### Pfalz

#### Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche in der Pfalz

(Protestantische Landeskirche)  
Referat Konziliarer Prozess  
Große Himmels-gasse 3, D-67346 Speyer  
Tel.: 0 62 32 / 67 15-0  
Fax: 0 62 32 / 67 15-67  
info@frieden-umwelt-pfalz.de

### Nördliches Rheinland-Pfalz und Saarland

#### Oekumenisches Netz Rhein-Mosel-Saar

Dominic Kloos  
Löhrstr. 51, D-56068 Koblenz  
www.oekumenisches-netz.de

### Rheinland

#### Oekumenisches Netz Mittelrhein e.V.

Pfr. Dieter Endemann  
Domstr. 62, D-50668 Köln  
OekumNetzMittelrhein@t-online.de

#### Solidarische Kirche im Rheinland

#### Kirchliche Bruderschaft

c/o Erika Haugg, Mozartstr. 9  
D-45478 Mülheim a. d. Ruhr  
soki.rheinland@arcor.de

### Sachsen-Anhalt

#### Lothar-Kreyssig Oekumene-Zentrum

Am Dom 2  
D-39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91 / 53 46-4 93  
Fax: 03 91 / 53 46-4 90

### Sachsen

#### Oekumenisches Informationszentrum Dresden

Elisabeth Naendorf, Kreuzstr. 7  
D-01067 Dresden  
Tel.: 03 51 / 4 92 33 68  
Fax.: 03 51 / 4 92 33 60  
oekumene@infozentrum-dresden.de

### Westfalen

#### Oekumenisches Netz in Westfalen

MÖWe, Heike Koch, Olpe 35  
D-44135 Dortmund  
Tel.: 02 31 / 54 09-72  
Fax: 02 31 / 54 09-21

#### Solidarische Kirche Westfalen-Lippe

Michael Nelson, Geschäftsführer  
Graf-Adolf-Str. 61, D-58730 Fröndenberg  
Tel.: 0 23 73 / 176 88 35  
muhr-nelson@freenet.de

### Württemberg

#### Oekumenisches Netz Württemberg

Sylvia Dieter, Nahe Weinbergstr. 12  
D-74348 Lauffen am Neckar  
Tel.: 0 71 33 / 2 10 68

### Oekumenisches Netz in Deutschland

c/o Michael Held, Simon-Haune-Str. 15  
D-36251 Bad Hersfeld  
Tel.: 0 66 21 / 62 01 86  
Fax: 0 66 21 / 6 56 45

## Einladung

zu einer  
Fördermitgliedschaft  
bei der  
Stiftung Oekumene



Unterstützen Sie die Initiativen für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung über die gemeinnützige Stiftung Oekumene durch einen regelmäßigen Förderbeitrag. Wir empfehlen dafür einen Dauerauftrag von vierteljährlich oder jährlich ab 20 Euro.

Fördermitglieder erhalten regelmäßig die Zeitschrift

## OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

mit dessen Sonderdokumentationen.

Stiftung Oekumene

### Konto 100 008

bei der Frankfurter Sparkasse  
BIC HELADEF1822  
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08

Spendenbescheinigungen versenden wir ab 50,- Euro pro Jahr. Dafür bitten wir um Ihre Postanschrift an

Stiftung Oekumene, Lindenspürstr. 30  
70176 Stuttgart, ecunet@t-online.de

## IMPRESSUM

### OEKUMENISCHER INFORMATIONSDIENST

Gegründet 1982

#### Herausgeber und Verleger:

Stiftung Oekumene.  
Verantwortlich:  
Ulrich Schmitthener  
Lindenspürstr. 30, 70176 Stuttgart

Bei der Redaktion dieser Ausgabe wirkten mit:

Werner Gebert, Tübingen/Ofterdingen  
Ulrich Schmitthener, Stuttgart  
Rainer Zimmer-Winkel, Berlin

#### Gestaltung:

Karl H. Thiel, Offenbach/Main

#### Druck:

Knotenpunkt Offsetdruck  
Beller Weg 6, 56290 Buch

Konto: Frankfurter Sparkasse  
BLZ 500 502 01, Kto.-Nr. 100 008  
IBAN DE94 5005 0201 0000 1000 08